

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Insetate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4953

Berlin, 19. Mai 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 20

Unsere Organisation in der Krisenzeit

I.

Das verflossene Jahr hat weit alle unsere Befürchtungen überholt, die wir in unserem letzten Rückblick auf die Verbandsarbeiten ausgesprochen haben. Der wirtschaftliche Niedergang beschleunigte sich rapide im Jahre 1931. Berufe, die vorher noch einigermaßen von der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise verschont waren, sind nunmehr ebenfalls in den Strudel hineingerissen worden. Das trifft ganz besonders für die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie zu. Wenn auch früher festgestellt werden mußte, daß eine Konsumeinschränkung unter den breiten Volksschichten zu verzeichnen war, so gestaltete sich Handel und Wandel in dieser lebenswichtigen Industrie dennoch immer noch leidlich. Der Beschäftigungsgrad war weit besser als in anderen Berufen und Kurzarbeit war nur im geringen Umfang zu verzeichnen.

Dieses Bild änderte sich jedoch im verflossenen Jahr. Die Arbeitslosigkeit stieg rasch an und die Kurzarbeit erreichte einen Umfang, unter der ganze Berufsgruppen leiden mußten. Der wirtschaftliche Niedergang hat ganz besonders hart die *Brauindustrie* getroffen. Durch die überspannte Reichsbiersteuer, wozu noch die Erhöhung der Gemeindebiersteuer kam, wurde eine Preiserhöhung verursacht in einer Zeit, wo die Kaufkraft der Konsumenten unter den Folgen der Wirtschaftskrise stark zusammenschumpfte. Der Rückgang an Bierumsatz um etwa 20 Proz. trug wesentlich zur starken Einschränkung der Betriebsbelegschaften bei. Ausgang des Jahres 1930 wurden in dieser Berufsgruppe 6762 arbeitslose und 21 083 kurzarbeitende Verbandsmitglieder ermittelt, hingegen stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 11 578 und 43 097 kurzarbeitende Mitglieder waren Ende Dezember 1931 vorhanden. In dieser Berufsgruppe gibt es nur mehr wenige Betriebe, die voll und ohne Einschränkung der Betriebsbelegschaften arbeiten.

Die seit langer Zeit nur kurzfristig beschäftigte Back-, Süß- und Teigwarenindustrie verzeichnete am Jahresschluß 5954 Arbeitslose und 5396 kurzarbeitende Mitglieder.

Starke Steigerungen der Arbeitslosenziffer weisen die großen Handwerkergruppen, Bäckerei, Konditorei, Fleischerei und Böttcherei auf. Hier spielen auch noch andere Ursachen bei der Zunahme der Arbeitslosen mit, nämlich die stetig zunehmende Lehrlingszüchtereier. Innerhalb 5 Jahren, von 1925 bis 1930, stieg die Lehrlingsziffer im Bäckergewerbe von 43 139 auf 59 832 oder um fast 17 000, im Fleischergewerbe von 28 692 auf 38 214 oder um fast 10 000. Durch diese fortwährend zunehmende Lehrlingshaltung und durch die Erhöhung des tatsächlichen Bedarfs an Gehilfen stieg die Arbeitslosenziffer bei den Bäcker- und Konditorengehilfen von 42 579 am Jahresanfang auf 52 757 am Jahresende. In derselben Zeit erhöhte sich die Zahl der erwerbslosen Fleischergehilfen von 20 850 auf 26 684. Wir können somit die groteske Erscheinung feststellen, daß weit mehr arbeitslose Bäcker- und Konditorengehilfen vorhanden sind, wie in den Betrieben beschäftigt werden.

Unsere Bemühungen, auf dem Verordnungswege eine Einschränkung der Lehrlingshaltung zu erzielen, blieben ergebnislos. Solange hier von Reichs wegen nicht eingegriffen wird, um eine planmäßige Verteilung des jugendlichen Nach-

wuchses auf die Lehrstellen in den einzelnen Berufen zu ermöglichen, werden wir eine ständige Steigerung der Arbeitslosen in diesen handwerklichen Berufsgruppen zu verzeichnen haben.

Von der Organisationsleitung wurde mit großer Energie daran gearbeitet, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Das ist auch gelungen in der Brauindustrie durch die tarifliche Festlegung der 5-Tage-Woche. Leider konnte auch diese Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu einer Abschwächung der Arbeitslosenziffer und Verhinderung der Kurzarbeit beitragen. In der Getränkeindustrie arbeiteten am Schlusse des Jahres unter 40 Stunden 11 547 Personen. In allen Berufsgruppen kommt die 40stündige wöchentliche Arbeitszeit für 39 978 Personen in Frage, während 18 201 Personen weniger als 40 Stunden arbeiten und 32 086 Verbandsmitglieder arbeitslos waren. Von unseren Verbandsmitgliedern sind demnach arbeitslos und Kurzarbeiter 83 611 am Jahresschluß 1931 ermittelt worden.

Es ist erklärlich, daß dieser durch die allgemeine Wirtschaftslage hervorgerufene Zustand nicht belebend auf die Gesamtorganisation sich auswirken konnte. Die unerhört große Notlage, in der sich viele tausende unserer Berufskollegen befinden, konnte der Organisation keine Auftriebskraft verleihen. Es war daher immerhin ein bedeutender Erfolg, die an die Organisation gestellten Anforderungen voll aufrechterhalten zu können. Unsere Unterstützungseinrichtung, obwohl stark durch die Ausgaben belastet, wirkte sich ganz besonders in dieser Krisenzeit segensreich für die Mitglieder aus. Dank der weitsichtigen Einstellung der Verbandsleitung und der großen Opfer, die von den Mitgliedern gebracht wurden, war es möglich, keine Kürzung der Unterstützungssätze vornehmen zu müssen. Wir werden noch über die Unterstützungsleistung eingehend berichten.

Was die Unternehmer erreichen wollten, die Zertümmern der freien Gewerkschaften, ist nicht gelungen. Der Mitgliederrückgang ist erklärlich durch Abwanderungen vieler Tausende aus unseren Berufen und durch die große Arbeitslosigkeit, wodurch ebenfalls einige Tausende der Erwerbslosen, bei denen die gewerkschaftliche Ueberzeugung noch nicht gefestigt war, wieder dem Verband den Rücken kehrten. Jedoch die Stammmannschaft ist auch in diesen schweren Zeiten ihrer Organisation treu geblieben. Alle Bemühungen der Unternehmer, mit Hilfe der Faschisten die Gewerkschaften zu zertümmern, sind fehlgeschlagen. Selbst in dieser, für das Unternehmertum äußerst günstigen Zeit, ist es nicht gelungen, den Faschisten den Einzug in die Betriebe zu sichern und durch Gründung faschistischer Betriebszellen, die Gewerkschaften vom tariflichen Vertragsrecht auszuschalten. Sowohl für die RGO. als auch für die Faschisten besteht die Tatsache, daß die freien Gewerkschaften widerstandsfähiger sind, als sie vermutet hatten.

Die Bemühungen der Zentrale, die von Unternehmerseite organisierten Anstürme auf unsere Erregungenschaften abzuschlagen, sind im weitgehenden Maße gelungen. Das Unternehmertum konnte nicht erreichen die Ausschaltung der Tarifverträge und den von ihm geforderten rigorosen Lohnabbau. Erst durch das Diktat der Regierung in der Notverordnung vom 3. Dezember erreichten die Unter-

nehmer einen bedeutenden Erfolg, der ihnen aber nie durch die eigene Kraft gelungen wäre. Unsere Tarifverträge bestehen heute noch wie am Anfang des Vorjahres, sogar neue Berufsgruppen wurden der tariflichen Regelung erschlossen.

Weit mehr Glück hatte das Unternehmertum mit seinen Vorstößen gegen die Sozialgesetzgebung und Sozialversicherung. In den von der Regierung erlassenen Notverordnungen wurde vielfach den Unternehmerwünschen Rechnung getragen, Verschlechterungen in der Erwerbslosenunterstützung, in der Krankenversicherung, in der Unfallversicherung und auf anderen sozialen Gebieten wurden auf dem Verordnungswege bestimmt. Aber auch damit wurde keine Belebung der Wirtschaft erreicht. Von Notverordnung zu Notverordnung wuchs das Heer der Arbeitslosen an. Hinzu kam außerdem die seitens der Regierung betriebene Autarkie, wodurch sie eine Belebung des Absatzes der Inlandsprodukte erhoffte, jedoch das Gegenteil, die vollständige Abriegelung mit dem Ausland eintrat. Durch die unerhörten Belastungen mit Zöllen sollte der Absatz der Inlandsprodukte auf dem Lebensmittelmarkt gefördert werden. Erreicht wurde aber lediglich, eine unerhörte Preisüberspannung. Mit der Schließung der Grenzen gegen die Einfuhr von Auslandsprodukten senkte sich automatisch die Ausfuhr deutscher Industrieprodukte. Jede Lohnsenkung trug außerdem zur Einschrumpfung der Kaufkraft und zum Konsumtionsrückgang bei. Dieses Rezept des Sparens bewährte sich bestimmt nicht, es bewirkte gegenteilige Folgen, die sich wiederum in der Verschärfung der Wirtschaftskrise auslösten.

Der Kampf gegen das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien mußte im Berichtsjahr mit aller Schärfe von uns abgewehrt werden. Die Organisationen der Brotfabrikanten und der Konsumgenossenschaften glaubten, daß die Zeit der Krise für sie außerordentlich günstig sei zur Erreichung ihres Zieles. Durch die bei Jahresbeginn einsetzende Kampagne gegen die überhöhten Preise versuchten diese beiden Unternehmerorganisationen die Beseitigung des Nachtbackverbots mit der Begründung herbeizuführen, daß bei einer Wiederzulassung der Nachtarbeit eine bedeutende Senkung des Brotpreises möglich sei. Es ist verständlich, daß in solchen Zeiten der Not alle, wenn auch noch so an den Haaren herbeigezogenen Versprechungen, gläubige Anhänger finden. Tatsächlich wurde auch dieser Unternehmeransicht im Reichsernährungsministerium entgegengekommen und auch von dort wurde versucht, die Regierung zu beeinflussen, das Schutzgesetz für die Bäcker- und Konditoreiarbeiter zu beseitigen. Unsere Organisation hat in sehr wirkungsvollen Darlegungen der Öffentlichkeit sowie den Reichsbehörden nachgewiesen, daß das Verbot der Nachtarbeit keine wirtschaftliche Belastung für die Bäckereibetriebe mit sich brachte. Es sei somit eine Brotpreissenkung bei der Wiederzulassung der Nachtarbeit in den wenigen Betrieben vollständig ausgeschlossen. In der zweiten Notverordnung wurde dem Reichsarbeitsminister Vollmacht gegeben, daß er das Nachtbackverbot für solche Betriebe einschränken oder aufheben kann, die mindestens in drei Schichten Arbeiter beschäftigen und ihre hergestellten Arbeiten überwiegend in den Städten absetzen, die nach der letzten amtlichen Statistik über 100 000 Einwohner zählten. Bei der

Albert Thomas

Am 8. Mai starb infolge eines Herzschlages in einem Pariser Restaurant der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genosse Albert Thomas. Die Nachricht von dem Hinscheiden dieser markanten Persönlichkeit hat bei den sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften aller Länder die größte Anteilnahme hervorgerufen. Thomas hatte erst ein Alter von 54 Jahren erreicht. Er wurde am 16. Juni 1878 in Champigny an der Marne geboren. Sein Vater war Bäckermeister. Nach dem Studium der Philosophie widmete er sich der Politik. Jean Jaurès, der Gründer des sozialistischen Zentralorgans „Humanité“, gewann Thomas als Mitarbeiter für soziale Fragen. 1910 zog er als sozialistischer Abgeordneter in die Kammer ein. Während des Krieges trat er als Unterstaatssekretär für Artillerie und Munition in die Regierung ein und später wurde er Rüstungsminister bis zur Beendigung des Krieges.

Als durch den Friedensvertrag von Versailles das Internationale Arbeitsamt errichtet wurde, bestimmte ihn der Völkerbund zu dessen Direktor. Seine geleisteten Arbeiten im Internationalen Arbeitsamt, die nur entstehen konnten durch seine rastlose Tätigkeit und seine überragende Energie, sind in aller Welt bekannt. Je mehr Hindernisse ihm dabei von der Unternehmerreaktion und den in ihrem Banne stehenden Regierungen in den Weg gelegt wurden, um so mutvoller stürzte er sich zur Verwirklichung seiner Pläne in die Arbeit.

Für die Bäckereiarbeiter aller Länder leistete Thomas in dieser Stellung ein Kulturwerk ersten Ranges. Nur zu gut kannte er das Elend der Bäckereiarbeiter bei ständiger Nacharbeit, weil er selbst als Kind diesen unkulturellen Zustand mit erleben mußte. Nur durch seine energievollen Bemühungen war es möglich, bei den Beratungen in den Jahren 1924 und 1925 alle ihm vom reaktionären Unternehmertum und den sozial rückständigen Regierungen entgegengesetzten Hindernisse zu brechen und zu erreichen, daß die Internationale Konvention zum gesetzlichen Verbot der Nacharbeit mit über Vierfünftelmehrheit in der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes beschlossen wurde. Noch wurde Thomas dieser Sieg nicht gegönnt. Erneute Vorstöße erfolgten von der internationalen Unternehmerreaktion, die beim obersten Gerichtshof im Haag

die Nichtigkeitserklärung der Konvention beantragte. Wiederum sehen wir den Verstorbenen als Anwalt der Bäckereiarbeiter vor dem hohen Gerichtshof stehen, den er mit seiner großen Ueberzeugungskraft bestimmen konnte, die Anträge der Unternehmer abzuweisen. Leider war es dem Verstorbenen nicht möglich, obwohl er sich bei den einzelnen dem Völkerbunde angeschlossenen Regierungen seitdem mit größter Zähigkeit für die Ratifizierung dieser Konvention einsetzte, noch zu erleben, daß auch diese hohe Kulturrungenschaft in allen Ländern zum Gesetz erhoben wurde.

Die arbeitende Klasse verliert in Thomas den größten Vorkämpfer der internationalen Sozialpolitik. Seine Unerschrockenheit, seine bewundernswürdige Zähigkeit, gab ihm immer wieder Mut und Kraft, seine Ideen im Kampfe für die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Bezeichnend für den Verstorbenen war, je größere Hindernisse ihm bei seinen Arbeiten in den Weg gelegt wurden, um so zäher wirkte sich seine Energie zur Durchsetzung seiner Pläne aus. Leider war es ihm nicht mehr vergönnt, sein großes, in letzter Zeit eingeleitetes Werk der internationalen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland zur Arbeitsbeschaffung mitzuerleben.

Thomas hat alle Wege beschritten, um die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen in der kapitalistischen Wirtschaft durchzuführen. Für ihn war auch der Versöhnungsgedanke der großen Nationen, Franzosen und Deutschen, kein Lippenbekenntnis, bereits vor dem Kriege hatte er mit großem Erfolg an einem Plan zur Herstellung eines freundschaftlichen Einvernehmens zwischen Frankreich und Deutschland gearbeitet, wobei er eine gute Grundlage zur Annäherung beider Nationen schaffen konnte. Jedoch das Völkermorden stürzte diese Bemühungen über Nacht um und die große Tragödie der Menschheit nahm ihren Anfang, unter der wir heute noch leiden müssen.

Die sozialistische Arbeiterschaft wird des großen Toten immer ehrend gedenken und die Bäckereiarbeiter aller Länder werden nie die große Tat vergessen, die Albert Thomas für sie im Kampfe gegen die Kulturschande ständiger Nacharbeit vollbracht hat.

Zulassung der Nacharbeit sollen jedoch alle Arbeiter unter 18 Jahren ausgeschaltet werden. Hierauf beantragte der Zentralverband Deutscher Konsumvereine, nach diesen Bestimmungen zu verfahren und für die Großbäckereien die kontinuierliche Arbeitszeit zuzulassen. Der als Gutachterinstanz angerufene Reichswirtschaftsrat lehnte das Ansinnen der Konsumgenossenschaften ab. Das Verbot der Nacharbeit blieb aufrechterhalten und unserer Organisation ist es gelungen, durch ihr energiegelobtes Eingreifen den Vorstoß der Brotfabrikanten und Konsumgenossenschaften abzuwehren.

Die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie hat unter diesem überspannten System ganz besonders zu leiden. Indirekte Steuern und Zollüberhöhungen können nicht zur Belebung der Wirtschaft beitragen, ganz besonders dann nicht, wenn Berufe vollständig durch diese Lasten erdrückt werden. In den weiteren Abhandlungen werden wir das Unterstützungswesen und unsere Tarifpolitik besprechen.

Wochenschau

Gegner der Arbeitsbeschaffung. Die Reichsregierung hat dem Drängen der freien Gewerkschaften nachgegeben und dem Reichstag eine Vorlage für die Auflegung einer Prämienanleihe zur Arbeitsbeschaffung vorgelegt; denn Arbeitsbeschaffung ist nur möglich, wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Gegen diese Anleihe haben nicht nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Volkspartei, sondern auch die Kommunisten gestimmt. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, die Vorlage zu Fall zu bringen; sie wurde angenommen mit 245 gegen 224 Stimmen. Mit dieser Abstimmung hat sich erwiesen, wo die „Freunde“ der Arbeitslosen sitzen. Auf den Stempelstellen werden die Arbeitslose von den Nazis und den Kommunisten durch radikale Reden besoffen gemacht, bei praktischer Hilfe für die Arbeitslosen versagen sie ihre Mitarbeit.

Linkswahlen in Frankreich. Die französischen Kammerwahlen haben der bisherigen reaktionären Rechtsregierung eine schwere Niederlage gebracht. Die linksstehenden Bürgerlichen und die Sozialdemokraten haben zahlreiche Sitze gewonnen, so daß sie zusammen mit einer kleinen zwischen ihnen stehenden sozialistischen Gruppe die absolute Mehrheit haben. Die Regierung Tardieu ist daraufhin zurückgetreten. Ob es zur Bildung einer Linkregierung kommt, wird sich erst am Ende dieses

Monats entscheiden. Es ist zu erwarten, daß sich der Wahlausgang auf die dringend notwendige deutsch-französische Verständigung günstig auswirken wird. Inwieweit dies wirksam werden wird, hängt sehr stark von Deutschland ab, insbesondere von der Tätigkeit der Nationalsozialisten, die durch ihr Kriegs- und Revanchegeschrei jede deutsch-französische Annäherung zu unterbinden versuchen.

Landtag in Hessen aufgelöst. Durch eine Entscheidung des hessischen Staatsgerichtshofes ist der erst im November vorigen Jahres gewählte hessische Landtag aufgelöst worden. Die Entscheidung wurde durch eine Klage der Wirtschaftspartei herbeigeführt, deren Wahlvorschlag wegen unzureichender Unterschriften vom Wahlausschuß zurückgewiesen wurde. Die Neuwahlen sind auf den 3. Juli festgesetzt worden.

Frauen gehören in die gewerkschaftliche Kampffront

Am 21. Mai ist der 22. Wochenbeitrag fällig

geführt, deren Wahlvorschlag wegen unzureichender Unterschriften vom Wahlausschuß zurückgewiesen wurde. Die Neuwahlen sind auf den 3. Juli festgesetzt worden.

Lebrun Staatspräsident in Frankreich. Drei Tage nach der Ermordung des Präsidenten Doumer wählte die französische Nationalversammlung den Senator Lebrun zum Präsidenten der französischen Republik. Der Kandidat Painlevé, der auf Veranlassung der Linken sich ebenfalls zur Wahl stellen wollte, zog seine Kandidatur kurz vor der Wahl wieder zurück, um zu ermöglichen, daß die Wahl des Präsidenten Lebrun, die nicht zu verhindern gewesen wäre, mit großer Mehrheit erfolgt. Die Sozialisten stimmten für ihren nicht wiedergewählten Generalsekretär Paul Faure.

Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen ist in England im Monat April um 85 000 auf 2,65 Millionen gestiegen. Die englischen Parlamentswahlen haben im Vorjahr eine starke Mehrheit für die Konservativen gebracht. Unter Ausnutzung dieser Mehrheit wurden reaktionäre Wirtschaftsmaßnahmen getroffen, mit dem Erfolg, daß die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, sondern steigt. Es ist also nicht der Marxismus, der an der Arbeitslosigkeit schuld ist, sondern schuld ist das kapitalistische Wirtschaftssystem, das von den Nazis mit allen Mitteln gestützt wird.

Nazis wollen Verbot der Freidenker. Im Reichstag haben die Nazis einen Antrag eingebracht, in dem von der Regierung verlangt wird, daß sie die sozialdemokratische Freidenkerbewegung verbietet.

Nazis des Landesverrats überführt. In seiner Rede, die der Reichsinnenminister Groener zur Verteidigung seiner Politik im Reichstag hielt, ist er näher auf die Gründe, die zum Verbot der SA. führten, eingegangen. So verlas er einen Befehl, in dem es heißt, daß kleine polnische Banden abzuwehren sind, sobald aber Einmarsch regulärer Truppen erkannt wird, rückt die SA. von selbst oder auf Befehl in die befohlenen Bereitstellungsräume ab. Damit ist eindeutig nachgewiesen, daß die Nazis zu landesverräterischen Handlungen bereit sind. Welches Geschrei würde wohl erhoben worden sein, wenn Sozialdemokraten oder Gewerkschaften ähnliche Anordnungen getroffen hätten!

Die hohen Ausschankpreise

Steuersenkung bleibt unwirksam

Die Reichsregierung hat die Reichs- und Gemeindebesteuerung und auch die Spirituosenabgabe durch Notverordnung wesentlich ermäßigt, um die ständig zurückgehenden Getränkesteuereinnahmen zu stabilisieren. Wir haben bereits in der Nummer 18 der „Einigkeit“ auf die uns zugehenden Zuschriften verwiesen, in denen Empörung darüber zum Ausdruck kommt, daß die Senkung der Biersteuer von den Gastwirten teilweise benutzt wird, um den durch Verbrauchsrückgang eingetretenen Einnahmeausfall auszugleichen. Daß dies nicht der Zweck der Biersteuersenkung sein darf, liegt auf der Hand. Die eingetretene Preisermäßigung muß vielmehr den Verbrauchern zugute kommen, und damit die Anregung zu stärkerem Verbrauch, soweit ein solcher bei den sinkenden Einkommensverhältnissen überhaupt möglich ist, geben; denn nur ein stärkerer Bierverbrauch wird dazu führen, daß die vielen arbeitslosen Brauereiarbeiter Beschäftigung finden.

Aehnlich liegen die Dinge bei dem Spirituosenausschank. Auch hier hat nur ein geringer Teil der Gastwirte die Ausschankpreise gesenkt. Die übrigen stecken die Steuerermäßigung in ihre Tasche. Gegen diese Methode kämpfen die Destillateure mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Wie notwendig das ist, lehrt eine Zuschrift an die „Deutsche Destillateur-Zeitung“ in Nummer 56. In ihr heißt es:

„Die Frage der zu hohen Ausschankpreise in den Wirtschaften muß unbedingt weiter verfolgt werden, wenn nicht die ganze Preissenkungsaktion ein Schlag ins Wasser sein soll. Als vor zwei bis drei Jahren hier die 10proz. Getränkesteuer abgeschafft wurde, haben die Wirte hier keinen Pfennig abgeschlagen. Sie haben also die im Interesse der Konsumenten von der Stadt erlassene Steuer einfach in ihren Taschen verschwinden lassen. Als dann am 1. Dezember 1931 hier die Getränkesteuer wieder eingeführt wurde, haben die Wirte mit dem Tag prompt um 10 Proz. aufgeschlagen. Die Getränke haben sich also dadurch für den Konsumenten um 20 Proz. erhöht, statt nur um 10 Proz. Wenn man bedenkt, daß durch den Preiskommissar den Apotheken, die doch immer als teuer verschrien sind, ein Höchstaufschlag von 60 bis 64 Proz. vorgeschrieben wurde, so klingt es geradezu wahnsinnig, daß man den Wirten, die doch keine entsprechende Verantwortung haben wie die Apotheken, Gewinne von über 500 Proz. Aufschlag zubilligt. Wir haben gerade in letzter Zeit festgestellt, daß für den Artikel Wermut in ganz gewöhnlichen Lokalen (Beizen) sogar 550 Proz. Aufschlag genommen wird. Wenn nicht durch den Preiskommissar sofort etwas geschieht, so fließt die ganze Steuerermäßigung wieder nur in die Taschen der Wirte, und der Branntweinhandel kann Tausende an den Lägern verlieren.“

Diese unhaltbaren Zustände sollten den Behörden Anlaß gegen Maßnahmen zu treffen, die diese Wucherpreise unterbinden. Dabei sollte auch nicht davor zurückgeschreckt werden, exemplarische Strafen zu verhängen.

Getränkesteuereinnahmen

1931-1932

Voranschlag bei keiner Steuer erreicht.

Die Einnahmen aus der Biersteuer sind im März mit 22,75 Mill. Mk. um nahezu 700 000 Mk. geringer als im Februar und blieben um 10 Mill. Mk. hinter dem Aufkommen in der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. In den 12 Monaten des Steuerjahres 1931/32 beläuft sich das Aufkommen aus der Biersteuer auf 368,19 Mill. Mk. Es ist um 105 Mill. Mk. geringer als im Vorjahr und auch um 91,8 Mill. Mk. oder 20 Proz. geringer als der Voranschlag. Dieser katastrophale Rückgang ist der Anlaß gewesen, die Reichs- und Gemeindebesteuerungen herabzusetzen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß der Finanzausweis für April einen weiteren Rückgang der Biersteuereinnahme bringt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist aber zu erwarten, daß die Herabsetzung der Biersteuer ihren Zweck, den Umsatzrückgang aufzuhalten und die Steuereinnahmen zu stabilisieren erreicht hat. Es wird aus Rheinland-Westfalen berichtet, daß der Bierumsatz nicht weiter zurückgegangen ist. Ähnliche Mitteilungen kommen auch aus anderen Teilen des Reiches. Entscheidend für die weitere Gestaltung des Umsatzes dürften die Maßnahmen sein, die die Behörden ergreifen müssen gegen die Gastwirte, die

es bisher bewußt vermieden haben, die Ausschankpreise zu senken.

Die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol erreichten im März die Höhe von 14,61 Mill. Mk. In der gleichen Zeit des Vorjahres sind rund 7 Mill. Mk. mehr aufgekomen. Die gesamten Einnahmen aus dem Spiritusmonopol im Steuerjahr belaufen sich auf 177,23 Mill. Mk. Im Voranschlag wurden 200 Mill. Mk. erwartet. Auch die Spiritussteuer ist angesichts ihrer absatzdrosselnden Wirkung stark ermäßigt worden. Im Kleinverkaufspreis ist davon allerdings auch nur wenig zu bemerken, so daß die Gefahr besteht, daß das Reich auf die erwartete Stabilisierung der Steuereingänge und die Arbeiterschaft auf die durch Umsatzbelebung sich ergebende Arbeit vergeblich wartet.

Die Mineralwassersteuer, die Ende Dezember aufgehoben wurde, erbrachte rund 12,5 Mill. Mk. Die Schaumweinsteuer, die mit 5 Mill. Mk. veranschlagt war, beläuft sich auf 4,79 Mill. Mk.

Verbrauch an Kaffee, Kaffee-Ersatz und Tee

Während des Weltkriegs kam trotz der Sperre über Holland und andere neutrale Staaten Kaffee und Tee nach Deutschland, nur nicht in denselben Mengen wie vordem. In der darauf folgenden Inflation fehlte es an der Kaufkraft und die Bevölkerung mußte auf diese Produkte fast ganz verzichten. Erst vom Jahre 1923 an stieg der Kaffeeconsum wieder und blieb 1931 gegenüber 1913 zahlenmäßig nur um 7 Proz. zurück.

Der Weltmarkt ist mit Kaffee übersättigt. Die Ursachen liegen neben guten Ernten in der vorerwähnten Absperrung, der Erhöhung des Kaffeezolls und Senkung der Kaufkraft. Anstatt den Preis zu senken, wurden Millionen Zentner vernichtet. An diesem Widersinn zeigt sich die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft am besten.

Die Entwicklung des deutschen Kaffeeconsums, der Ein- und Ausfuhr und der Zollerträge ist folgende:

Kaffeeconsum, dessen Wert, Ausfuhr und Zollertrag:

Jahr	Kaffeeconsum dz	Verbrauch pro Kopf kg	Wert des Kaffeeconsums in 1000 Mk.	Ausfuhr von Rohkaffee dz	Ausfuhr von Röstkaffee dz	Zollertrag in 1000 Mk.	Zollertrag pro Kopf Mk.
1913	1682504	2,53	219 016	2675	5415	98 557	1,46
1922	367963	—	—	—	—	—	—
1929	1477720	2,31	377 049	1860	587	188 717*	2,96
1930	1541271	2,45	295 738	3249	480	188 868*	2,95
1931	1565292	2,48	222 784	9955	383	226 566*	3,52

* Die Angaben sind nach dem Steuerjahr vom 1. April bis 31. März berechnet.

1913 betrug der Zollertrag 45 Proz. des Gesamtwertes des eingeführten Kaffees, 1929 50 Proz., 1930 70 Proz. und 1931 112 Proz.; der Wertrückgang 1930 gegenüber 1931 muß hierbei mit in Betracht gezogen werden. Der Zollertrag pro Kopf der Bevölkerung stieg von 1913 1,46 Mk. auf 3,52 Mk. im Jahre 1931. Die billigeren Sorten wurden in den letzten Jahren besonders bevorzugt. Auf 100 kg Rohkaffee wird in Deutschland 160 Mk., für Röstkaffee 300 Mk. Zoll erhoben. Zollfrei ist Kaffee in den Vereinigten Staaten, Holland und Nord-Island.

Kaffee-Ersatz und Malzkaffee.

Anders als bei Kaffee und Tee verhält es sich bei dem Nachweis über die Mengen des verbrauchten Malzkaffees und Kaffee-Ersatzes. Es gibt wohl einen „Verband Deutscher Getreidekaffee-Fabrikanten“, dem etwa 120 Firmen mit 150 Betrieben angeschlossen sind, der aber nicht in der Lage ist, Angaben machen zu können. Der Verbrauch an Malzkaffee ist gestiegen, Angaben darüber fehlen jedoch. Während und nach dem Kriege wurde mehr Malzkaffee konsumiert und es kann die ab- und aufsteigende Verbrauchsmenge an Bohnenkaffee nur als großer Maßstab zum Vergleich dienen. Zahlreiche Pflücker, die im Besitz von Rösttrommeln sind, kaufen sich Malz und vertreiben ihre Fabrikate unter den verschiedensten Bezeichnungen. Von dem vorerwähnten Verband wurden auf Grund eingesandter Malzkaffeeproben etwa 60 Proz. davon festgestellt, die den Vorschriften der Verordnung über Kaffeeersatz und Kaffeezusatz vom 10. Mai 1930 nach § 4 Ziffer 12 nicht entsprochen haben.

Nach Angaben der Gewerbe-Aufsichtsbehörden waren in 498 Betrieben der deutschen Kaffee-röst- und Kaffee-Ersatz-Industrie vorhanden, von denen 65 mehr als 50 und die übrigen 433 5 bis 49 Arbeitnehmer beschäftigten. Von den 15 355 Arbeitnehmern waren 5835 Angestellte, davon 1840 weibliche, 9520 Arbeiter, davon 3944 weibliche, tätig.

Die Ausfuhr von Kaffee-Ersatz ging in den letzten Jahren ständig zurück und entspricht 1931 nur etwa 60 Proz. gegenüber 1913 wie folgende Tabelle zeigt.

Deutsche Ausfuhr von Kaffee-Ersatz.

1913	10 262 dz
1928	8 722 dz
1929	8 324 dz
1930	7 474 dz
1931	5 967 dz

Fast im gleichen Ausmaß ging die Ausfuhr von gebrannten Zichorienwurzeln, nämlich von 11316 dz 1913 auf 6164 dz 1931, zurück. Zichorie, die besonders im Magdeburger Gebiet angebaut wird, wurde durch die Konkurrenz von Belgien, Holland und Frankreich stark verdrängt. Die Anbaufläche ging 1913 von 9030,4 ha auf 1619 ha 1931 zurück. 20 Trockenöfen für Zichorienwurzeln stehen zur Verfügung, die vom Anfang Oktober bis Ende November für diesen Zweck in Betrieb sind. Die außerordentliche Not zwingt die Konsumenten, den billigeren Malzkaffee dem Bohnenkaffee vorzuziehen. Der Preisunterschied, wonach ein Viertelpfund Kaffee der

Zum Vergleich obiger Ausführungen soll die Tabelle über Kaffee- und Teekonsum von den verschiedenen Ländern dienen.

Kaffee- und Teeverbrauch verschiedener Länder.

Land	Kaffeeverbrauch		Teeverbrauch	
	1929 dz	1931 dz	1929 dz	1931 dz
Schweiz	133 850	155 062	7 036	8 238
Dänemark	276 706	322 323	6 241	6 512
Schweden	406 924	535 854	3 862	4 362
Norwegen	154 150	182 340	1 798	1 890
Finnland	178 614	140 398	1 368	1 314
Polen	80 584	81 560	21 620	20 311
Tschecho-Slow.	134 920	151 050	7 290	8 200
Oesterreich	93 830	95 759	6 486	6 097
Frankreich	1 750 218	1 933 981	158 460	161 320
Belgien-Luxemb.	386 089	610 332	2 797	2 832
England	321 773	339 024	2 088 652	2 005 177
Deutschland	1 477 720	1 564 473	57 710	52 943

In der Tabelle 1 und 3 wird der Zollertrag für Kaffee und Tee angegeben, der zusammen rund 245 Millionen Mark beträgt. Bier brachte im Steuerjahr 1930/31 473 Millionen Mark Reichssteuer, also 228 Millionen Mark oder rund 48 Proz. mehr als der Zollertrag für Kaffee und Tee.

Arbeitslosigkeit im Molkereigewerbe

Schuld ist die grenzenlose Ausbeutung

Es ist gar nicht notwendig, genaue ziffernmäßige Unterlagen über die Arbeitslosigkeit im Molkereigewerbe zu zergliedern, um die Not darzulegen, in der sich zahlreiche arbeitslose Molkereigehilfen befinden. Es genügt allein schon ein Blick in den Inseratenteil der Fachorgane, um das ganze durch die Arbeitslosigkeit erzeugte Elend vor Augen zu haben. In jeder Nummer sind mehrere Seiten mit Stellen-gesuchen enthalten, denen nur wenige Stellenangebote gegenüberstehen. Das Ganze ist nur ein Geschäft für die Zeitungen, die aus der Not und Mittellosigkeit der Stellensuchenden Vorteil ziehen, ohne die erhoffte Hilfe bringen zu können. Es ist deshalb heute notwendiger denn je, daß die Besetzung freigewordener Stellen lediglich auf dem Wege über die behördliche oder behördlich beaufsichtigte Stellenvermittlung geht. Es würde dabei den Arbeitslosen nicht nur viel Geld erspart, es würden auch die vielen beschämenden gegenseitigen Unterbietungen hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitszeit vermieden.

Dazu nur einige Beispiele. In der „Milchwirtschaftlichen Zeitung“ Nr. 10/32 sucht ein Molkereigehilfe Arbeit, indem er sich anbietet, den ersten Monat umsonst zu arbeiten. In der „Molkerei-Zeitung“ Nr. 5/32 bietet sich ein Molkereigehilfe bei bescheidenen Ansprüchen an und bemerkt dazu, daß er keine Arbeit scheut und kein Achtstundenarbeiter sei. Es ist kein Wunder, wenn die Stellenangebote der Unternehmer auf denselben Ton gestimmt sind. In Nr. 5/32 der „Molkerei-Zeitung“ wird ein Chauffeur gesucht, der auch Schmelzkäse mit Rotkultur herstellen kann. Diese Art von Inseraten ist überhaupt zahlreich. In der „Milchwirtschaftlichen Zeitung“ Nr. 19a/32 wird ein Gehilfe gesucht, der Kessel und Maschine zu bedienen versteht, der mit der Herstellung von Sahneschichtkäse und Speisequarg vertraut ist und nachmittags Kontorarbeiten erledigt und dazu über gute Handschrift und sicheres Rechnen verfügen muß. Ausdrücklich bemerkt wird dabei, daß Stundenarbeiter keine Bewerbung einreichen sollen. Angesichts der verlangten Leistungen wird wahrscheinlich nur ein Tag- und Nachtarbeiter eingestellt werden.

Diese Beispiele genügen, um zu zeigen, wo die Schuld an der Arbeitslosigkeit liegt. Dort, wo zwei und drei Leute beschäftigt werden könnten, ist bei überlanger Arbeitszeit nur ein Mann tätig. Gegen diesen Unfug müssen die Molkereigehilfen Front machen und auf Abänderung drängen. Es kann dies aber nur geschehen, wenn sie sich restlos zusammenfinden im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Völlig wertlos ist für sie die Organisation, in der die Leitung in den Händen der Molkereibesitzer oder deren Beauftragten ruht. Dort wird nur der Standesdünkel, der so seltsame Blüten zeigt, gepflegt, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Molkereigehilfen aber nur nebensächlich behandelt.

Lohnverrat der meistertreuen Gelben

Der Bäckerinnungsverband in Westfalen kündigte trotz des durch die Notverordnung erst kürzlich erfolgten Lohnabbaus die tariflichen Lohnvereinbarungen und forderte einen neuen 15prozentigen Lohnabbau. Unsere Organisation mußte dieses unerhörte Ansinnen ablehnen. Unter diesen Umständen scheiterten die Verhandlungen. Der vom Unternehmerverband angerufene Schlichter bestimmte, die bestehenden Löhne um 2,50 Mk. zu senken. Auch diesem Vorschlag konnte unsere Organisation nicht

40 Jahre Treue zum Verband



Gustav Knackendöffel
Böttcher, Lauenburg/Elbe
Eingetreten 21. 10. 1891 j. Invalide

Heinrich Neben
Böttcher, Lauenburg/Elbe
Eingetreten 20. 6. 1886

Wilhelm Pemüller
Böttcher, Lauenburg/Elbe
Eingetreten 1. 10. 1890



Casar Frank
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

Wilhelm Mayer
Böttcher, Lauenburg/Elbe
Eingetreten 8. 11. 1890

Heinrich Holtorf
Böttcher, Wesermünde
Eingetreten 9. 9. 1886 j. Invalide

billigsten Sorte gleich 1 Pfund Malzkaffee entspricht, kann derartige Zustände nicht bessern.

Tee.

Im Gegensatz zum Kaffeeverbrauch wurden 1930 rund 41 Proz. mehr Tee konsumiert als 1913. 1931 ist erstmalig ein Rückgang im Teeverbrauch von 12,4 Proz. festgestellt worden. Die sinkende Kaufkraft und eine gewaltige Ueberproduktion wirkte drückend auf die Preise. Bis zu 40 Proz. und mehr niedrigere Preisnotierungen erfolgten im Vergleich zum Jahre 1929. Den Teekonsum, Wert und Zollertrag zeigt diese Tabelle:

Teekonsum, dessen Wert und Zollertrag in Deutschland.

Jahr	Teekonsum dz	Verbrauch pro Kopf kg	Wert des Tees in 1000 Mk.	Zollertrag in 1000 Mk.	Zollertrag pro Kopf Mk.
1913	42 903	—	8 305	4 199	0,16
1922	28 023	—	—	—	—
1929	57 710	0,09	25 400	12 099	0,19
1930	60 417	0,1	20 724	13 740	0,21
1931	52 943	0,08	14 154	18 155	0,28

Der Zollertrag für Tee wurde wesentlich gesteigert. Im Jahre 1913 betrug er 49 Proz. des Wertes der gesamten Tee-Einfuhr, 1929 51 Proz., 1930 80 Proz. und 1931 130 Proz. Die bedeutende Zunahme des prozentualen Zollanteils am Gesamtwert der Tee-Einfuhr ist erklärlich durch die Zollerhöhung im Jahre 1930 und die Preissenkung am Weltmarkt der letzten beiden Jahre. Der Zoll für 100 kg Tee beträgt in Deutschland 350 Mk.

beitreten und so verlief auch das Vermittlungsverfahren ergebnislos.

Gleichzeitig setzte sich aber der meistertreue Bund in Bewegung und erklärte dem Schlichter, er sei bereit, die Wünsche der Unternehmerorganisation zu erfüllen. Dieser gemeine Verrat wurde begangen, obwohl die Gelben die Stellungnahme des Schlichters kannten. Um so niederträchtiger ist daher der neueste Verrat an der Gehilfenschaft, der bewußt gewollt wurde. Die Gelben brachten sogar den traurigen Mut auf, beim Lohnabbau noch weiterzugehen als die Unternehmer vorgeschlagen hatten. Es wurden Sätze vereinbart, die einen Lohnabbau bis zu 16,6 Proz. vorsehen. So sehen die Helfershelfer der Bäckermeisterinnungen aus, denen man nur mit größter Verachtung begegnen kann. In dieser Notzeit, wo die Kollegen kaum mehr ein noch aus wissen, um mit ihrem kargen Lohn auszukommen und ihre Familien ernähren zu können, begehen die Meisterstreuen auf Kommando der Unternehmer den gemeinsten Verrat an den Gehilfen. Die Bäckergehilfen müssen sich endlich klar sein, daß sie von dieser traurigen Gesellschaft nichts zu erwarten haben. Sie werden stets die Betrogenen sein und nie darauf hoffen können, daß ihnen geholfen wird im Kampf um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Noch ist aber das letzte Wort nicht gesprochen. Die Abmachungen mit den Gelben sind nicht rechtsverbindlich, weil die Gelben nicht tariffähig sind. Unsere Organisation wird diesen Schurkenstreich nicht ruhig hinnehmen, sondern alles daransetzen, um den Bäckergehilfen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Appell zur Einigkeit

Für jeden aufmerksamen Beobachter des deutschen politischen Lebens ist es eine Binsenwahrheit, daß die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterklasse die Wurzel allen Übels ist. Dies erkennen auch einsichtige Leute aus allen Lagern. In der Beilage „Die Brücke“ des Berliner Tageblatts vom 27. März richtet der bekannte Schriftsteller Heinrich Mann folgenden Appell an die deutsche Arbeiterklasse, der eines Zusatzes nicht bedarf:

„Warum sind die Arbeiterparteien heute uneinig? Ich frage mich vergebens. Von den geistigen Arbeitern ist mir bekannt, daß sie nicht einig sein können. Bei den Arbeitern sehe ich den Grund nicht. Alle wollen die Errungenschaften bewahren, die sie zu einer der Mächte im Staat gemacht haben. Sie müssen heute damit rechnen, daß der Faschismus, wenn er zur Macht gelangt, ihnen nichts mehr übrig läßt von allem, was sie in 80 Jahren erkämpft haben. Ist das der richtige Augenblick für die Arbeiter, einander als Gegner zu behandeln, nur weil die einen weitergehen als die anderen mit Forderungen, die in der gegebenen Lage rein platonisch sind und es bleiben müssen? Die einen nennen sich Kommunisten. Man kann sich jeden Namen beilegen; aber wirkliche Kommunisten sind nur die Arbeiter eines kommunistischen Staates. Die treiben durch ihre Mitarbeit, durch ihr Dasein selbst Kommunismus. Deutsche Arbeiter haben mit der von ihnen erkämpften Demokratie zu rechnen, genau so, wie die Russen mit dem Kommunismus, und sie haben dafür zu sorgen, daß die Demokratie besser, klarer, den Interessen aller Arbeitenden gemäßer wird, als sie es jetzt ist. Das ist ihre, von den Tatsachen und der Geschichte bestimmte Pflicht — nicht aber der Umsturz des Staates, wodurch nur ihre alleräußersten Feinde die Macht bekämen, ihnen alles zu nehmen. Die verbündeten Arbeiterparteien könnten mit Geduld und mit Kampf, viel Kampf, viel Geduld, aus der Demokratie eine wirkliche Volksherrschaft machen. Ihre nächsten notwendigsten Kämpfe werden gar nicht vom Sozialismus bestimmt. Sie betreffen die Niederlegung der Zollmauern, die Deutschland erwürgen, und die Herstellung des Wirtschaftsgebietes Europa. Ohne das Wirtschaftsgebiet Europa wird die Arbeitslosigkeit niemals aufhören. Die Existenz der Arbeiter, zu schweigen von ihren Rechten, wird dauernd bedroht und dem Abgrund nahe sein. Da hilft es nichts, wenn man in Deutschland auch den Kommunismus einführen könnte. Aus einem Wirtschaftsgebiet, das sich selbst nicht genügt, das abhängig und unselbstständig ist und bleibt, macht kein Fünfjahrplan etwas Lebensfähiges. Deutschland und übrigens auch die anderen Länder dieses Kontinents sind so wie sie sind nicht mehr lebensfähig! Rettet euch, uns und alle! Werdet einig!“

Das Ruhen der Invalidenrente

Die letzte Notverordnung vom Dezember 1931 hat bekanntlich auch eine Bestimmung gebracht, nach der Renten aus der Invaliden-, der Angestellten- und der Knappschaftsversicherung dann ruhen, wenn der Rentenberechtigte Krankengeld, Unfallrente, Kriegsrente oder Ruhegeld usw. erhält. Das Ruhen tritt in diesen Fällen bis zur Höhe dieser Bezüge ein. Ähnliche Bestimmungen sind auch für die Hinterbliebenenrenten geschaffen worden. Wir sind an dieser Stelle bereits seinerzeit auf diese Neuerungen eingegangen und haben darauf hingewiesen, welche

Verschlechterungen sie darstellen. Die Versicherungsträger sind durch diese Notverordnung vor die schwere Frage gestellt worden, das Ruhen in der Praxis durchzuführen. Es ist dies keine leichte Aufgabe, da ja die Versicherungsanstalten als Träger der Invalidenversicherung nicht wissen, wann und wieviel Krankengeld ihre Rentenempfänger erhalten. Weiter wissen sie nicht, welchen Krankenkassen die Empfänger von Renten angehören. Die Zusammenarbeit zwischen Invaliden- und Krankenversicherung ist eben auf diesem Gebiete sehr locker. Die Ruhensvorschriften mußten nun angewendet werden, ein Rätsel war nur die praktische Durchführung.

Der Reichsarbeitsminister hat unterm 30. Januar 1932 deshalb eine weitere „Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über Sozialversicherung in der 4. Notverordnung“ erlassen. Diese enthält neben verschiedenen Ausführungsbestimmungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, noch eine



Kapitalistischer Katzenjammer —

äußerst wichtige Verpflichtung für die Rentenempfänger. Die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung sind, um die Möglichkeit der Anwendung der Ruhensvorschriften zu schaffen, verpflichtet, Fragen usw. der Versicherungsanstalten hierüber zu beantworten. Tun sie dies nicht, so ziehen sie sich schwere Rechtsnachteile zu. Die Vorschrift heißt wörtlich: „Der Versicherungsträger kann die Invalidenrente, das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung sowie die Invaliden- (Alters-) Pension aus der knappschaftlichen Versicherung einstellen, solange der Berechtigte die Frage, ob er Bezüge hat, die nach § 10 das Ruhen bewirken würden, nicht beantwortet. Ein Rechtsmittel findet nicht statt.“ Die Empfänger von Renten sind somit verpflichtet, Anfragen der Landesversicherungsanstalt dieser Art zu beantworten. Tun sie dies nicht, so wird die Rente eingestellt, bis die erwünschte Antwort eingeht. Ein Rechtsmittel gegen diese Einstellung ist ausgeschlossen. Der Versicherte hat also keine Möglichkeit, sich gegen die Rentenverweigerung zu beschweren.

Darüber hinaus verteilen die Landesversicherungsanstalten Merkblätter über diese neuen Ruhensvorschriften. Diese geben die Postanstalten bei der Rentenauszahlung den Rentenempfängern mit. Auf denselben wird in aller Kürze auf die neuen Bestimmungen hingewiesen. Weiter heißt es dann: „Der Rentenempfänger, und falls der Empfänger nicht der Berechtigte ist, ist der letztere verpflichtet, der Versicherungsanstalt, die ihm die Renten bewilligt hat, unter genauer Angabe des Namens, des Geburtstages und der Anschrift sowie tunlichst unter Angabe des Akten- und Rentenzeichens des Rentenbescheides sofort Mitteilung zu machen, falls er Krankengeld oder ähnliche Bezüge erhält. In dieser Mitteilung muß er weiter angeben, von welcher Kasse oder Anstalt er die Bezüge erhält. Die Mitteilung muß unaufgefordert geschehen.“ Der Rentenempfänger ist demnach beispielsweise verpflichtet, jeden Bezug von Krankengeld, der über einen Monat anhält, der Landesversicherungsanstalt mitzuteilen, und zwar ohne jede Aufforderung. In dem Merkblatt heißt es weiter wörtlich: „Wer diese Mitteilung unterläßt oder unrichtige Angaben macht, setzt sich der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aus“. Es ist den Versicherten nur zu empfehlen, auf diese Bestimmungen zu achten. Jede Nichteinhaltung kann schwere Nachteile nach sich ziehen. KI—s.

Nazis und Gewerkschaften

Führende Nationalsozialisten sprechen gelegentlich ihre Auffassung über die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit aus. Aus nachstehender Blütenlese einige wenige Aussprüche.

Adolf Wagner, MdL. in Bayern, warnte in einer Versammlung in München am 4. Juli 1930 die Arbeiter davor, ihrer Gewerkschaft nachzulaufen. Dort fiel auch der Ausspruch Wagners, die soziale Gesetzgebung sei eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden.

Papenbrock sagte auf dem thüringischen Gautag der Nazis, daß die Gewerkschaften mit Stumpf und Stiel ausgerottet würden, wenn die Nazis zur Macht kämen.

Bekannt ist besonders Gottfried Feder in seinem Rundfunkgespräch mit Prof. Nölting, wo er sagte, daß die Anteilnahme der Arbeiterschaft an der Wirtschaftsführung alles Geschwätz und die Umwälzung trübster Schlammlutten anrühige Bruchmoral sei. Betriebsräte sind entbehrliche Personen, die nur eine Belastung der Betriebe mit unproduktiven Elementen darstellen.

Am 21. Mai 1931 sagte Feder in Augsburg vor prominenten Personen der Wirtschafts- und Geschäftswelt in einem Vortrag folgendes: „Die Nationalsozialisten würden in nächster Zeit unbedingt zur Herrschaft kommen und dann würde eine neue Ordnung der Wirtschaft eingeführt. Von einer Sozialisierung könne keine Rede sein. Man wolle nur die Wirtschaft-, Verkehrs- und Verbrauchsbetriebe verstaatlichen, aber alles, was durch schöpferische Arbeit geschaffen wird, bleibt privates Eigentum. Die jetzt bestehende Wirtschaft müsse quer geteilt werden, wobei die freien Gewerkschaften zugrunde gehen müßten. Im dritten Reich gelte nur die Persönlichkeit.“

Ein Vergleich

Das Reich hat, wie wir berichteten, neben unzähligen kleinen Banken die größten deutschen Banken vor dem Zusammenbruch gerettet. Es wurden rund 350 Millionen Mark Zuschüsse geleistet, die für das Reich verloren sind. Außerdem sind noch für rund 300 Millionen Mark Bürgschaften übernommen worden. Diese Staatshilfe für die Banken war notwendig, einmal weil verhindert werden mußte, daß die von den Banken abhängigen zahlreichen Mittelstandsexistenzen ihre finanzielle Grundlage verlieren und zum andern, weil vielen großen und kleinen Industrierwerken mit Millionen von Arbeitern nicht einfach die Mittel zur Lohnzahlung verweigert werden konnten. Diese Sanierungen der Banken mit Mitteln der Steuerzahler haben also die Wirtschaft vor großen Schaden bewahrt und eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit verhindert.

Indem dies anerkannt und gutgeheißen wird, muß die Frage aufgeworfen werden, ob der Staat gegenüber den Arbeitslosen, deren Arbeitskraft und Lebensstandard innerhalb unserer Wirtschaft eine hervorragende Stellung einnimmt, auch wenn die Arbeitskraft gegenwärtig brach liegen muß, eine ebenso kurzentschlossene Hilfsbereitschaft an den Tag legt. Bedauerlicherweise kann diese Frage nicht bejahend beantwortet werden; denn die Reichsregierung hat sich trotz der großen Arbeitslosigkeit und trotz der von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen nach Arbeitsbeschaffung noch nicht zu wirksamen positiven Maßnahmen entschließen können. Die Mittel, die bei der Bankensanierung sofort bereitgestellt wurden, sind angeblich unaufbringbar bei der Arbeitsbeschaffung. Man kann nicht umhin, angesichts dieser einseitigen Behandlung der Reichsregierung den Vorwurf zu machen, daß sie sich von dem nunmehr zurückgetretenen Wirtschaftsminister Warmbold, der ein Vertreter der Schwerindustrie war, allzustark hat beeinflussen lassen. Diesem Minister ist jede Hilfe für die Industrie zu gering, jede Maßnahme für die Arbeiterschaft aber viel zu weitgehend gewesen. Wir wollen hoffen, daß nach seinem Rücktritt die Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen energischer in Angriff genommen werden.

Feinde im Rücken

Die Kommunisten gebärden sich mehr und mehr als Helfer der Reaktion. Seit dem Stahlhelm-Volksbegehren zur Beseitigung von Severing und Braun in Preußen wird von Etappe zu Etappe der Faschismus durch die verbrecherische Politik der Kommunisten gefördert. Der erste Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten zeigte wiederum das von kommunistischer Seite, trotz den eindringlichen Darlegungen Trotzki's, der aus der Verbannung in scharfer Form gegen die Politik der Kommunisten wettete, de. Faschismus nicht so bekämpft wird, wie von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei.

Das hysterische Geschrei geht dahin, daß den Kommunisten klar gemacht werden soll, das Schwer-

gewicht liegt nur im Kampf gegen die SPD, und die freien Gewerkschaften und nach Ueberwindung und Zerschlagung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beginne erst der Kampf gegen den Faschismus.

Die getreue Sachwalterin der verräterischen Interessen der Kommunisten, die RGO., versucht durch Spaltungsabsichten und Maßnahmen die politische Haltung der KPD. zu rechtfertigen und besonders in die Betriebe hineinzutragen. Die große Not der deutschen Arbeiterschaft, die ungeheure Erwerbslosigkeit, die volksbedrückenden Belastungen durch Notverordnung steigert die politische Unzufriedenheit, fördert die Pläne der gewerkschaftlichen Zerstörung. Seit 13 Jahren Sturm der KPD. gegen die freien Gewerkschaften ohne Erfolg. Parolen, hinein in die Gewerkschaften, heraus aus den Gewerkschaften wechselten alle mit dem Ziel, den stolzen Bau der Gewerkschaften zu zerschlagen. Nachdem das Werk, Zerstörung der Organisation nicht gelang, wird versucht, durch Schaffung der RGO.-Gruppen für Propagierung heraus aus den Gewerkschaften den geeigneten Boden zu formieren. Ende 1931 sollten durch Kampfausschüsse Stöße gegen den Lohnabbau vorgenommen werden. Das klägliche Ergebnis zeigte den RGO.-Führern, daß ihr Einfluß und ihre Macht nur gering ist. Selbst der Zählkandidat zur Reichspräsidentenwahl erklärte vor Hamburger kommunistischen Funktionären: „Träume von der stürmischen Entwicklung sind verfliegen. Im Schnellzugtempo“ entwickelten sich die Roten Gewerkschaften, wie die Schnecken... Die Wendung zu den Unorganisierten war bislang erfolglos... Wir haben viel gelernt, vor allem, daß es außerordentlich schwer ist, unorganisierte Arbeiter für die RGO. oder für die roten Verbände zu gewinnen.“ Der RGO.-Bonze Heckert gestand gleichfalls ein, daß die RGO. noch keine wirkliche Organisation des Kampfes ist. Die große Schwäche besteht darin, daß sie zum Teil aus dem Zustand der Agitation und Propaganda noch nicht herausgewachsen ist. Der RGO. ist es nicht gelungen, bisher einen unüberwindlichen Widerstand gegen die Abbauffensive des Kapitals aufzurichten.

Nach den Trennungsbewegungen 1932 ist die Einflußlosigkeit und Bedeutungslosigkeit der RGO. allgemein geworden. Selbst organisierte Kommunisten wollen von dieser kommunistischen Gewerkschaft nichts wissen, zumal Leiter und örtliche Führer der RGO. Drückeberger in der Beitragszahlung sind. So wurde dem Agitator der Fuldaer RGO. nachgewiesen, daß er niemals gewerkschaftlich organisiert war, trotzdem in Schmähungen der freien Gewerkschaften und ihrer Führer sich nicht genug tun konnte. Die Beitragsscheu und das mangelnde Solidaritätsgefühl dieses revolutionären RGO.-Führers wird dadurch dokumentiert, daß er seit seinem Eintritt von Mai bis Oktober keinerlei Beiträge bezahlte, ja nicht einmal das Eintrittsgeld entrichtet hat. Daher auch mit Recht die Auffassung der vernünftigen KPDisten, daß sie erworbene Rechte in den Organisationen der freien Gewerkschaften nicht verloren gehen lassen wollen. Gegen Bonzokratie und Diktatur wird ebenfalls Sturm gelaufen. Schlimmer ist die Diktatur und die Bonzokratie nirgends als in der RGO. Die Mitgliedschaft ist völlig rechtlos. Die Reichsleitung wählt einen engeren Vorstand, den Hauptkassierer und die Redakteure. Die Wahl der

Angestellten der Organisation erfolgt durch die Reichsleitung. Die RGO.-Bonzen bestimmen die Höhe der Unterstützungen, bestimmen auch, wer die Unterstützungen bekommt. Man kennt im RGO.-Lager keine demokratischen Rechte der Mitglieder, nur Diktatur. Bei den freien Gewerkschaften besteht das Statut, das Rechte und Pflichten der Mitglieder festlegt. Daher Verbandsmitglieder, Kampf gegen den Zerstörer, die RGO.!

Gaukonferenz Leipzig

Zum zweitenmal seit dem Zusammenschluß fand am 8. Mai in Leipzig eine Gaukonferenz statt. 27 629 Mitglieder in 85 Ortsgruppen wurden durch 97 Delegierte vertreten. Ferner nahmen daran teil:



sozialistische Behebung

ein Vertreter des Verbandsvorstandes, der Gauleiter, 10 Bezirksleiter und eine Anzahl Kollegen als Gäste.

Nach einer Begrüßungsansprache von Kollegen Riepl, in der er darauf verwies, daß die freien Gewerkschaften trotz allen Anrennens von rechts und links immer noch wie ein Fels im brandenden Meer das einzig sichere und unerschütterliche Bollwerk der Arbeiterschaft geblieben seien, nahm Kollege Backert vom Verbandsvorstand das Wort zur gegenwärtigen Krise und deren Einfluß auf den Verband. Ausgehend von den durch den verlorenen Krieg geschaffenen völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen bei gleichzeitigem Gebietsverlust und steigender Bevölkerungszahl sei

von 1924 ab nicht deutlich genug die Unfähigkeit Deutschlands, Reparationen zahlen zu können, erkannt worden. Die im Vertrauen zu Deutschlands Kreditwürdigkeit seinerzeit gegebenen kurzfristigen, hochverzinslichen Anleihen des Auslandes seien zum größten Unglück noch falsch investiert worden. Nach dem Anwachsen der Nazistimmen bei den Wahlen 1930 schwand im Ausland das Vertrauen zu Deutschland noch mehr. Es erfolgten größere Rückforderungen der kurzfristig gegebenen Gelder, wodurch dies Wirtschaftsleben weiter stark geschädigt wurde. Der Redner schilderte die wirtschaftliche Verbundenheit aller kapitalistischen Länder, ging auf die Vorgänge und deren Auswirkungen vom 13. Juli 1931 ein, wo nur durch energisches Eingreifen seitens der Regierung noch größere Arbeitslosigkeit vermieden wurde. Das Problem der 6 000 000 Arbeitslosen müsse gelöst werden. Die Gewerkschaften haben praktische Vorschläge hierzu gemacht und ihre Forderungen auf dem außerordentlichen Kongreß der Öffentlichkeit und der Regierung unterbreitet. Unser Verband hat als erster und wohl auch einziger für ein ganzes Gewerbe die 40-Stunden-Woche durch Abmachungen eingeführt. Redner wandte sich gegen die Auffassung, die Gewerkschaften hätten unter der Herrschaft der Notverordnungen versagt. Lediglich dem Einfluß und der Tätigkeit der Gewerkschaften sei es zu verdanken, daß den viel weitergehenden Abbauforderungen der Unternehmer von der Regierung nicht entsprochen wurde. In einigen Fällen führte unser Verband sogar erfolgreich Streiks, um maßlose Abbauforderungen der Unternehmer abzuwehren. Nach dem Fristablauf der 4. Notverordnung sind unserem Verband 60 bis 70 Proz. der Mantel- und Lohntarife gekündigt worden. Geschlossenheit und Einigkeit seien notwendig, um die jetzt geplanten Angriffe abzuwehren. Redner beleuchtete dann das Organisationsverhältnis in den uns zustehenden Betrieben und forderte zu intensiver Kleinarbeit auf. Ferner behandelte er die Finanzlage unseres Verbandes und konnte erfreulicherweise feststellen, daß er immer noch in der Lage sei, um uns aufgezwungene Kämpfe durchzuführen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung referierte Kollege Riepl. Den im Jahre 1930 erreichten Höchstmitgliederbestand von 33 000 im Gau Leipzig haben wir infolge der Verringerung der Beschäftigten nicht halten können. Redner befaßte sich dann mit den im Gau bestehenden Tarifverträgen, die für 50 000 Arbeiter Geltung haben, während nur 27 000 unserem Verband angehören. Die von der Regierung geplante Notverordnung zur Einführung der 40-Stunden-Woche befriedige nicht, da nur ein Teil Industrien davon erfaßt werden sollen. Auch wende er sich entschieden gegen die sogenannte Angleichungstheorie des Reichsarbeitsministers. Es zeige sich hier, daß Tarifverträge für größere Gebiete der beste Schutz für die Arbeiterschaft seien. Unsere in vier Jahrzehnten aufgebauten Tarifverträge werden wir zu erhalten wissen. Hierzu bedarf es der Zusammenfassung aller Kräfte. Die bedauerliche Zerrissenheit der Arbeiterschaft auf politischem Gebiet darf in den Gewerkschaften nicht Platz greifen.

Beiden Referaten schloß sich eine lebhaftere Aussprache an, die von dem guten Kampfgeist der Kollegenschaft zeugte. Fast alle Redner forderten die Einführung der 40-Stunden-Woche, insbesondere auch für die Genossenschaftsbetriebe. Einmütig stellten sich die Delegierten auf den Standpunkt, daß unsere Tarifgebiete und der bisherige Inhalt der Tarife erhalten bleiben müsse. Die Kollegenschaft sei gewillt, auch mit dem letzten gewerkschaftlichen Kampf-

Der „König der Millionäre“

Ivar Kreuger, „Fürst der Hochstapler“.

Wenn einmal ein Dramatiker von genialem Ausmaß das Thema der Wirtschaftsführer von 1932 meistern wird, so wird es wohl eine groteske Komödie mit sehr vielen, fast unglaublichen Einzelheiten werden. Den buntesten Teil in dieser Komödie aber dürfte die Affäre Ivar Kreuger einnehmen, jenes geheimnisvollen, von Legenden umwitterten, schweigsamen „Königs der Millionäre“, dessen Selbstmord vor wenigen Wochen wie ein unverständlicher Blitzschlag einem scheinbar strahlenden Leben der Triumphe und Erfolge ein Ende setzte. Eine ganze Welt horchte auf, als die Kugel aus dem Browning dem „schwedischen Mysterium“ ein Ende machte, und in überschwinglichen Nekrologen feierten beflissene Reporter den freiwillig aus dem Leben Geschiedenen und sprachen von der Tragik dieses Lebens, das sich gleichsam im Dienste der Menschheit aufgezehrt habe. — — —

Dann aber folgten Schlag auf Schlag die phantastischsten Enthüllungen über den „großen Schweden“. Der Lorbeer entblätterte mit unheimlicher Geschwindigkeit, und am Schluß hatte man den lückenlosen Steckbrief eines der skrupellosesten Betrüger und Fälscher der Weltgeschichte. Eines Mannes, der mit einem beispiellosen Raffinement die seriösesten Männer der halben Welt an der Nase herumgeführt hatte. All die armseligen Schächer und Bilanzfriseur, die man von Zeit zu Zeit auf dem kriminellen Parkett der wirtschaftlichen Halbwelt auftauchen sieht, sind gegen Ivar Kreuger, den

Fürsten der Hochstapler, kümmerliche Dilettanten und lächerliche Anfänger.

Eins ist sicher: Ivar Kreuger ist der größte und blendendste Bluffer in den letzten drei Jahrzehnten gewesen. Sein ganzes Geschäftssystem war ein Kartenhaus, das einstürzen mußte, sobald die Betrogenen und Genasführten skeptisch und kritisch wurden. Aber sie glaubten ihm sämtlich blind und bedingungslos, hielten ihn für eine Finanzpotenz von nie erlebtem Ausmaß und gaben ihm so die Möglichkeit, ganze Staaten und Völker auszuplündern. Kreugers suggestive Begabung muß allerdings ungewöhnlich gewesen sein. Noch jetzt soll es Leute geben, die selbst durch die Tatsachen sachlicher Polizeiberichte nicht überzeugt werden können und die noch heute bereit sind, auf die moralische Unantastbarkeit Kreugers feierliche Meineide abzulegen. (Siehe Nazipresse. D. Red.)

Die jetzt veröffentlichten Berichte der schwedischen Polizeibehörde über den Fall Ivar Kreuger sind fesselnder als ein Kriminalromän des seligen Wallace. Sie enthüllen das feinmaschige Netz eines Betrugskonzerns, vor dessen Ausmaß selbst die prominentesten Alkoholschmuggler Chikagoer Provenienz vor Neid erblassen müssen. Es ist die Romantik einer überlegenen Spitzbuben-Sachlichkeit, zugleich aber auch ein grausames Spiegelbild jener hochkapitalistischen Verfallserscheinungen, unter deren Krisenauswirkungen eine ganze Welt so fürchterlich zu leiden hat.

Kreugers größte Chance war das Geheimnis. Er wußte sich mit einem höchst anregenden Schleier rastlos arbeitender Anonymität zu umgeben. Ueber-

all waren seine Gehilfen am Werk, von denen vor allem eins verlangt wurde: unbedingte Diskretion! Wer viel redete, war verdächtig und gefährlich; er stand auf dem Aussterbeetat. Die Honorare, die Kreuger an seine zahllosen Dunkelmänner und Kreaturen zahlte, waren phantastisch; er hatte Buchhalter, die bis zu 100 000 Kronen im Jahre erhielten. Aber diese gut bezahlten Herren verfügten auch über die Zaubergabe, aus Nichts Gold zu machen und den staunenden Einlegern Riesengewinne vorzugaukeln, die niemals vorhanden waren.

Besonders grotesk waren die „Revisionen“ im Kreuger-Konzern. Kein Mensch gab sich mit einer tatsächlichen Kontrolle der Wertpapierbestände ab, man hatte „Zertifikate“ zur Hand, die in den Kreugerschen Schwindelbüros von ausgesuchten Vertrauensleuten hergestellt wurden. Der unheimliche Einfluß Kreugers ging so weit, daß man gar nicht wagte, ihn irgendwie zu kontrollieren. Sein Wort galt alles. Er schwenkte par distance einen Haufen irgendwelcher Wertpapiere und sagte mit einer Geste, die jeden Widerspruch ausschloß: So und so viel ist es! Auf diese Weise kamen die Zertifikate zustande. Es handelte sich wirklich nicht um Kleinigkeiten; erwähnt sei nur, daß auf diesem einzigartigen Wege ein Zertifikat über 400 Millionen Francs französischer Renten ins Leben gerufen wurde.

Ganz besonders munter ging es bei der Gesellschaft Kreuger & Toll, Holland, zu, bei der eine halbe Milliarde Reserven verbucht waren. Diese Gesellschaft wurde niemals einer Revision unter-

mittel für diese Ziele einzutreten. Die bisherigen Lohnkommissionen wurden widerspruchlos auch für dieses Jahr bestätigt.

Mit dem Gelöbniß, die Einigkeit im Verband zu erhalten und für seinen weiteren Ausbau zu wirken, sowie dem Versprechen, die bisherigen gewerkschaftlichen Errungenschaften nicht kampflös aufzugeben, wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf die freie Gewerkschaft geschlossen.

Schlachterstreik in Ludwigslust

Die Beschäftigten der Fleischwarenfabrik Gebr. Schulze, Ludwigslust, haben einmütig am 10. Mai die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte das Lohnabkommen zum 30. April gekündigt und verlangte einen Lohnabbau von 16 Proz. Verhandlungen scheiterten, da erklärt wurde, es sei nicht zu verhandeln, die 16 Proz. müßten unbedingt anerkannt werden. Der Schlichtungsausschuß beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit dem geforderten Lohnabbau und zählte einen Spruch, der für Gesellen einen Lohnabbau von 12 Proz., für die übrigen Beschäftigten von 10 Proz. vorsah. Diesem Spruch stimmte die Firma sofort zu. Die Beschäftigten lehnte denselben ab und beschlossen, die Kündigung einzureichen. Am Kündigungstag versuchte die Firma durch Schreiben die Belegschaft einzuschüchtern. Es sollte u. a. bei eventueller Wiedereinstellung sich um ein neues Arbeitsverhältnis handeln. Die Mühe war vergebens.

Vor der Lohnkündigung hatte die Firma allen Beschäftigten eine Aufstellung aller geringeren Löhne in den Wurstfabriken in der Lohntüte übermittelt. Die Verbandsleitung übermittelte als Antwort darauf allen Beschäftigten eine Liste höherer Löhne.

Das Vorgehen der Firma ist vom Reichsverband der deutschen Fleischwarenindustrie gefordert worden. Von Ludwigslust aus sollten die Löhne in der norddeutschen Fleischwarenindustrie aufgerollt werden. Einem anderen Mecklenburger Betrieb wurde anbefohlen, auf keinen Fall mehr zu zahlen als in Ludwigslust.

Sehr deutlich wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß man mit 16 Proz. Lohnabbau nicht zufrieden sei. In kurzer Zeit müßte weiter gesenkt werden. Ein Stundenlohn von 50 bis 55 Pfennig sei das Ziel. Der Konkurrenzkampf der Wurstfabriken soll auf Kosten der Beschäftigten ausgefochten werden.

Diesen Bestrebungen ist zunächst ein Strich durch die Rechnung gemacht. Die restlos organisierte Belegschaft hat mit der Arbeitsniederlegung geantwortet.

In Ludwigslust wird jetzt um einen Lohn gekämpft, der auch für Norddeutschland entscheidend ist.

Die einmütige Arbeitseinstellung hat zu einem schnellen Erfolg geführt. Auf den vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Lohn von 83 Pfennig wurde eine Zulage von 5 Pfennig vereinbart. Damit ist der vom Reichsverband der Fleischwarenindustrie geplante Abbau für Norddeutschland abgewehrt.

Der Belegschaft ein Bravo für ihr geschlossenes Handeln. Für die Beschäftigten in den deutschen Wurstfabriken ein Anlaß zu prüfen, ob die Zersplitterung nicht endgültig abgetan werden muß. Nicht die starken Worte verbürgen Erfolg, sondern gewerkschaftliches Handeln zu allen Zeiten. Die Ludwigsluster haben einen Kampf für viele geführt, sie erwarten nicht Lob, sondern Nachahmung. P. B.

worfen. Als ein Revisor sich die Kühnheit erlaubte, hier einmal nach dem Rechten sehen zu wollen, wurde ihm in dürren Worten erklärt, daß Revisionen nur schädlich seien, da sie „Kursverluste“ zur Folge haben könnten.

Besonders originell war im Kreuger-Konzern das Aufstellen einer Bilanz. Der Buchhalter stellte sie im Entwurf auf und gab sie daraufhin an Kreuger weiter, der dann, ohne kleinlich zu sein, die notwendigen Frisuren vornahm. Die auf diese Weise herausgeputzte Bilanz wies in jedem Falle erhebliche Gewinne und große geschäftliche Siege auf. Der Erfolg war stets durchschlagend: das Vertrauen der Betrogenen wuchs ins Grenzenlose. Zu den Buchungsschiebungen waren kleine Konzerngesellschaften sehr geeignet, von deren Existenz sehr oft der Nebenmann keine Ahnung hatte. Uebrigens ist das Prinzip dieser kommerziellen „Tankstationen“ nicht allein von Kreuger, sondern auch von anderen Leuten angewandt worden.

Neben der alten Welt hat auch die neue bei Ivar Kreuger sehr viel Haare lassen müssen. Die „Internationale Match Corporation“, die amerikanische Filiale Kreugers, hat bei einem Gesamtvermögen von etwa 18 Millionen Dollars Aktienschilden von 165 Millionen Dollars. Kreuger ist amerikanischen Bankiers die runde Summe von 4 Millionen Dollars, gewährt auf Grund der natürlich nicht vorhandenen spanischen Konzessionen, schuldig geblieben. Ohne jede Unterlagen gab man dem großen Betrüger Darlehen in Höhe von dutzenden Millionen Dollars...

Das ist der Kapitalismus, Jahrgang 1932... Ein Sittengemälde: schauerlich und lächerlich zugleich!

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nummer 44401 für Rudolf Spindler, Leipzig. Beim Vorzeigen anhalten und an den Vorstandsenden.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 29. April bis 12. Mai 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Bautzen 39,32, Rötha 100, Wolfach 100, Berlin 26, 541, Aachen 19,96, Bochum 19,96, Breslau 20,96, Clove 26,80, Herford 35,16, Königsberg/Pr. 35,28, Krefeld 19,96, Liegnitz 18,80, Neustadt/H. 26,16, Saalfeld 67,03, Trier 28,64, Ulm 34,80, Grabow 200, Berlin 21,65, Reichenbach i. Schl. 150, Gera 25,64, Berlin 489,55, Bitterfeld 170, Augsburg 78,28, Breslau 200,72, Görlitz 27,30, Bayreuth 29,32, Bremen 30, 65,44, Essen 58,24, Halle a. d. S. 59,24, 30, Regensburg 34,12, Rostock 19,64, Stargard 1,92, Stettin 85,93, Berlin 684,85, 14, Kiel 106,92, Münster 29,96, Wuppertal 55,78, Saarbrücken 115,64, Nürnberg 147,72, Duisburg 55,60, Forst 150, Kulmbach 28,32, Leipzig 209,24, Pritzwalk 17,88, Schönebeck 300, Ströndal 45,16, Storkow 52,39, Düsseldorf 146,28, Northheim 276,25, Erfurt 58,64, Angerburg 22,87, Brake 20,78, Brandenburg 67,09, Finsterwalde 5,10, Goldberg 10, Görlitz 3,90, Grünberg 51,66, Guben 87,75, Jüterbog 0,57, Heilsberg 1,50, Königsberg/M. 5,65, Köstlin 117,22, Löwenberg 133,72, Marienwerder 43,36, Namslau 268,06, Neustrelitz 64,19, Oranienburg 109,07, Ortelburg 8,06, Pasewalk 19,95, Quedlinburg 165,41, Seiffenberg 38,42, Spremberg 24,60, Sprowtau 4,24, Stendal 327,17, Tangermünde 327,29, Wehlau 95,65, Wenisch-Buchholz 10,05,



ADGB. Bundesschule Bernau. Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Ludwigslust 350, Unruhstadt 10, Zerbst 90, Dessau 85,64, Krefeld 15, Würzburg 38,28, Stuttgart 124,72, Landshut 10, Reichenau 180, Danzig 39,28, Dresden 259,92, Landshut 28,32, Magdeburg 150,88, München 276,84, Oldenburg 26,32, Chemnitz 84,12, Hamburg 417,08, Köln 102,89, Bremen 2045,34, Breslau 2331,24, Frankfurt a. M. 3251,02, Koblenz 1142,80, Königsberg/Pr. 245,83, Leipzig 4587,83, Magdeburg 2755,78, München 4314,20, Stuttgart 3013,01, Ailstedt 50, Apolda 97,60, Aulendorf 46,25, Calbe 1, Celle 705,61, Bamberg 130,08, Barmstedt 93,40, Bellheim 77,11, Biberach 10,30, Bremerhaven 300, Eberswalde 8,09, Einbeck 9,04, Flensburg 383,07, Frankenthal 83,96, Fürstenwalde 71,31, Gotha 150,40, Göttingen 172,56, Grevesmühlen 68,79, Grimma 11,50, Hadmersleben 50,70, Hann-Münden 77,20, Harburg 236,95, Heidelberg 366,95, Heidenheim 1, Holzminden 50,15, Ingolstadt 13,09, Itzehoe 12,57, Kaufbeuren 100,25, Kempten 6,98, Koburg 4, Kusel 110,01, Langensalza 3,02, Lauterberg/H. 8,45, Lörrach 164,51, Lübben 2, Meuselwitz 38,80, Mühlhausen 126,99, München 111,15, Neustadt/O. 70, Neustadt/S. 34,01, Neuteich 45,65, Nordhausen 32,80, Oelsnitz 50, Preetz 163,60, Rügenwalde 45,53, Schw.-Gmünd 52,50, Schweinfurt 277,97, Speyer 361,55, Storkow 39, Stargard 1,92, Tangerhütte 0,98, Thannhausen 189,10, Tiegenhof 51,09, Traunstein 15,09, Wolf-Biberach 93,11, Zweibrücken 26,56, Gerabronn 100, Schwenningen 250, Weißwasser 150, Frankfurt a. M. 156,48, Gleiwitz 59,80, Heilbronn 17,80, 10, 5, Dortmund 69,26, Braunschweig 58,64, Emden 150, Neubrandenburg 100, Mannheim 117,56, Freiburg i. Br. 38,96, Greifswald 209, Jüterbog 70, Kempten 7, Königsberg/Neum. 60, Koblenz 53,62, Straubing 150, Waren 15.

Sonstiges.

München 52, Berlin 127,50, 250, 50, 32, Monheim 15, Berlin 0,75, 29,40, 7,50, 2,10, 334,39, 677,24, 340, 660, 86,52, 184,84, 75, Augsburg 400, Berlin 97,18, Mainz 75, Saalfeld 140, Hindenburg 30, Berlin 200, 2018,10, 76,34, 86,27, Offenbach 3,15, Firnhaberau 1375, Luckenwalde 3000, Berlin 330, Gießmannsdorf 573,41, Hamburg 8,40, Kulmbach 67,20, Berlin 372,76, 250, 73,26, 91,25.

Korrespondenzen

Bremen. (Weiterer Lohnabbau in der Süßwarenindustrie.) Lohnabbau in der Süßwarenindustrie reißen sich in die Front jener ein, die das Allheilmittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise in weiterem Lohnabbau sehen. Nachdem durch die Notverordnung der beabsichtigte Lohnabbau nicht durchgeführt werden konnte, traten sie sofort auf den Plan, um noch mehr zu erreichen. Weil durch die Organisation weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden konnten, da die Löhne der Süßwarenarbeiterschaft schon zu den niedrigsten zählen, wurde nach Ablauf des Abkommens der Lohnabbau durch die Unternehmer diktatorisch durchgeführt. Die Arbeiterschaft läßt sich ihr Handeln nicht von den Unternehmern vorschreiben, sie hat in der Vergangenheit bewiesen, daß sie zur gegebenen Zeit zu kämpfen weiß. Die Bäume der Unternehmer werden auch jetzt nicht in den Himmel wachsen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Das war der Ausklang einer Funktionärsitzung, die sich mit der Situation in der Süßwarenindustrie beschäftigte. Durch Kampf habt ihr euch eure Position geschaffen, durch Geschlossenheit könnt ihr sie nur erhalten.

Düren. (Macht's nach!) Vor einiger Zeit konnten wir in der „Einigkeit“ berichten, daß einige Pioniere unserer Organisation außerordentlich gute Erfolge in der Hausagitation zu verzeichnen hatten. Heute können wir über weitere Erfolge dieser Pioniere berichten. Diesmal hatten sie sich den Schlachthof vorgenommen. Sie haben es fertig gebracht, die 9 beschäftigten Lohnschlichter durch Hausagitation alle dem Verbandsmitglied zuzuführen. Diese Kollegen, die seit Jahren nicht für die

Organisation zu gewinnen waren, begrüßen wir in unseren Reihen und hoffen, daß sie recht treue Mitglieder bleiben. Unsern Pionieren danken wir für ihre erfolgreiche Hausagitation und hoffen, daß sie auch weiterhin nicht erlahmen und ihr gutes Geschick auch fernerhin im Dienste unserer Organisation verwerten werden. Alle unsere Leser müssen sich diese tüchtigen Kollegen zum Vorbild nehmen.

Frankfurt a. M. (Keine Lohnsenkung im Bäckergewerbe.) Der Verband deutscher Brotfabrikanten unter Führung seines Syndikus gab sich mit der auf Grund der 4. Notverordnung erfolgten Lohnsenkung nicht zufrieden und kündigte das bestehende Lohnabkommen zum 30. April. In der neuen Verhandlung wußten die Unternehmer selbst noch nicht, wieviel Abbau sie fordern sollten. Au. Drängen der Arbeitnehmervertreter, um den Zweck der Kündigung zu erklären, sagte der Syndikus: „Wenn wir anstatt 50 Mk. 30 Mk. vorschlagen würden, würden Sie es in ihrer Versammlung nur in gehässiger Weise ausnutzen und uns für verrückt erklären.“ Als der Zwischenruf fiel, daß das letztere in diesem Falle nicht ganz unberechtigt wäre, bestärkte dies die Unternehmer, nicht von ihrem Standpunkt abzugehen und von den Arbeitnehmern eine grundsätzliche Erklärung zum Lohnabbau zu fordern. Da

letzteres selbstredend abgelehnt wurde, mußte der Schlichtungsausschuß auf Anruf der Unternehmer einen Schiedsspruch fällen. Ihr Antrag, den Mindestlohn von 50 Mk. auf 44 Mk. (12 Proz.) herabzusetzen, wurde abgelehnt. Der Antrag der Arbeitnehmer, den bisherigen Lohn bis 31. Dezember 1932 in Kraft zu setzen, wurde ebenfalls abgelehnt und

der bisherige Lohn bis 30. Juni 1932 festgesetzt. Diesen Schiedsspruch lehnten die Unternehmer sofort nach Verkündung ab. Ihre Versammlung am selben Tage nahm jedoch den Schiedsspruch an und traf Vorkehrungen, jede einseitige Lohnkürzung abzuwehren. In der Begründung des Schiedsspruches für die kurze Laufdauer wird gesagt: Da dem gesamten Gewerbe zu diesem Zeitpunkt die Kündigung zustehe, könnte man den Brotfabriken das Recht der Kündigung nicht vorenthalten.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt beläuft sich der Rückgang der Arbeitslosenziffer in der zweiten Aprilhälfte auf rund 200 000. Die Arbeitslosigkeit ist mithin um rund 300 000 auf 5 737 000 gesunken. Diese Entlastung des Arbeitsmarktes ist bei weitem geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wo ein Rückgang von nahezu 600 000 eintrat und damit die Arbeitslosenziffer auf 4,39 Millionen zurückging. Es ist nicht zu verkennen, daß die Frühjahrsentlastung stark beeinträchtigt wird durch den noch nie dagewesenen Tiefstand der Konjunktur. Im einzelnen ist festgestellt worden, daß die von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen teilweise noch Arbeitskräfte freigesetzt haben. Inwieweit die Entlastung durch die Saisonberufe durch neuauftretenden Bedarf auch die Konjunkturindustrien belebt und dort Neueinstellungen von Arbeitskräften notwendig macht, ist nicht vorzusehen, dürfte aber, wenn sie überhaupt eintritt, nur recht geringfügig sein. Es ist deshalb auch kaum zu hoffen, daß durch den für Mai und Juni noch in Aussicht stehenden Rückgang der Arbeitslosenziffer die Arbeitslosigkeit unter fünf Millionen sinken wird. Von Bedeutung in dieser Hinsicht ist die Arbeitsbeschaffung durch die Reichsregierung. Wird diese sofort in Angriff genommen, was dringend gefordert werden muß, denn viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren, dann allerdings besteht die Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit stärker zurückzudrängen.

Milzbrandkrankungen. Nach dem vom Reichsgesundheitsamt veröffentlichten Bericht über Milzbrandkrankungen wurde festgestellt, daß diese Erkrankung im Jahre 1930 in 145 Fällen auftrat, und zwar bei 127 Männern, wobei 10 Todesfälle zu verzeichnen waren, und 17 Frauen mit einem Todesfall. Sogar ein Kind unter 14 Jahren wurde von dieser Krankheit befallen. Bei 142 Erkrankungen handelte es sich um Hautmilzbrand, wovon 9 Fälle tödlich verliefen, auf 3 innere Erkrankungen kamen 2 Todesfälle. Die Ursachen zu diesen Krankheiten sind zurückzuführen auf Berührung mit milzbrandkranken Tieren in 86 Fällen, auf den Handel und Verkehr mit Häuten und Fellen und deren Verarbeitung in 34 Fällen, auf den Verkehr mit Tierhaarmaterial und dessen Verarbeitung in 12 Fällen und in anderer Weise in 2 Fällen.

Milzbrandkrankungen, die im ursächlichen Zusammenhang mit Schlachtungen (Not Schlachtungen)

standen, waren 77 Fälle zu verzeichnen, wovon 3 mit dem Tode endeten. 70 Personen zogen sich den Milzbrand durch die Berufstätigkeit zu, davon 37 Landwirte, 32 Fleischer und 1 Tierarzt. In allen diesen Fällen lag Hautmilzbrand vor. Sitz der Erkrankungen war 72mal die obere Gliedmaßen und der Kopf. Ansteckungen erfolgten bei Schlachtungen von Rindern in 72 Fällen, von Schweinen in einem Fall, während in 4 Fällen die Tierart nicht angegeben war. An Kadavern an Milzbrand verendeten Tiere steckten sich 9 Personen an. Auf die Beschäftigung in den Fellhandlungen und Häutlagern entfallen 7 Erkrankungsfälle, bei dem Transport von Häuten und Fellen wurden 8 Erkrankungsfälle ermittelt, und bei der Verarbeitung von Häuten und Fellen in Gerbereien erkrankten 17 Männer, wovon 2 Todesfälle zu verzeichnen sind.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und Verordnungen zur Verhinderung dieser Krankheit erfahren wir, daß immer noch sehr viele Erkrankungsfälle zu verzeichnen sind.

Getreidevorräte. Nach einer vom deutschen Landwirtschaftsrat veröffentlichten Statistik befanden sich am 15. April noch in den Händen der Landwirtschaft insgesamt 0,49 Millionen Tonnen Weizen und 0,80 Millionen Tonnen Roggen. Gegenüber dem Vorjahre ist bei Roggen in der gleichen Zeit ein Bestand von 1,38 Millionen Tonnen festgestellt worden, während ein größerer Bestand an Weizen vorhanden ist. Wenn jedoch daraus die Schlussfolgerung gezogen wird, daß diese Bestände Garantien bieten, bis zur neuen Ernte auszukommen, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß durch die überspannte Zollpolitik der Preissteigerung Tür und Tor geöffnet bleibt. Wir konnten bereits kürzlich auf die Steigerung der Preise auf dem Getreidemarkt und die Bemühungen der Spekulanten, die Getreidepreise noch höher zu schrauben, verweisen. Nicht oft genug kann gefordert werden, daß endlich mit dieser verkehrten Zollpolitik Schluß gemacht werden muß.

Zurückgehende Weltproduktion. Die industrielle Weltproduktion ist seit dem Jahre 1929 ständig abwärts gerichtet. Legt man die Produktion des Jahres 1928 mit 100 zugrunde, so ergibt sich für die europäischen Länder, ohne Rußland, für das Jahr 1931 eine Produktion von 80,8 und für Anfang 1932 von 72,4. Der bis Anfang 1931 in allen Ländern ziemlich gleichmäßige Produktionsrückgang ist seit dieser Zeit unterschiedlich geworden. Besonders scharf in Mitleidenschaft wurde Deutschland gezogen, das bisher von der Weltwirtschaftskrise am stärksten betroffen ist. Die gegenwärtige Weltproduktion ist auf den Stand von 1913 zurückgesunken, während Deutschlands Produktion etwa so groß wie im Jahre 1897 ist. Der Anteil der einzelnen Länder an der Weltproduktion hat sich gegenüber dem Jahre 1928 sehr stark verändert. An der Spitze stehen noch die USA. mit 34,8 gegen 41,1 Proz. im Jahre 1928. Ihnen folgt Rußland mit 11 gegen 4,2 Proz., dann Großbritannien mit 10 gegen 8,5 Proz. und Deutschland mit 7,6 gegen 10,6 Proz. Aus dieser Gegenüberstellung ist ersichtlich, daß Deutschland von seiner Stellung als zweitstärkstes Produktionsland auf den vierten Platz zurückgeworfen wurde.

Gegnerische Organisationen

Nazi-Müller, Bremen. Der gelbe Bäckerhäuptling Müller ahmt das Beispiel der Bremer Osafs getreu nach. Diese fordern in einem Rundschreiben die Unternehmer auf, an Stelle der Marxisten „treudeutsche“ Nazis einzustellen, um so den Gewerkschaftsgedanken in den Betrieben auszurotten und den Wirtschaftsfrieden zu wahren. Müller fordert Ähnliches, nur in etwas vorsichtiger Weise. Er will die Nachweise in die Hand der Meister und ihrer gelben Bundesgenossen überführen.

Auf einer Gesamtvorstandssitzung des gelben Zweigbundes Norden-Nordwest wurde neben den Hinauswurf des großen „Führers“ Dangers auch die Arbeitsnachweisfrage behandelt. Referent war Müller, Bremen. Er will, wie berichtet wird, den Nachweis mehr in die Politik führen, um sich gegen ein Verbot durch Notverordnung besser wehren zu können. In einigen Städten hatten die Gelben gute Erfolge aufzuweisen. Wenn alle 90 000 deutsche Bäckermeister nur deutsche handwerkstreue Kollegen beschäftigen wollten und keine internationalen Freigewerkschafter, dann wäre es besser um die Kollegen bestellt. Also mit anderen Worten: heraus mit den internationalen Freigewerkschaftern aus den Betrieben und Einstellung gelber Bundesbrüder an ihrer Stelle. Was aber würde Müller und sein Anhang sagen, wenn der ADGB, die SPD, die Arbeitersportler und andere freihetlich eingestellten Arbeiterorganisationen ihre Millionen Anhänger auffordern würden: Kauft nicht dort, wo Gelbe und Nazis beschäftigt werden? Sie würden nach dem Staatsanwalt rufen und heulmeiern über Terror. Kollegen: Lernt von euren Gegnern, ehe es zu spät ist!

Gewerkschaftliche Rundschau

Anschluß der Kupferschmiede an den Metallarbeiterverband. Der am 11. Mai in Magdeburg tagende Verbandstag des Verbandes der Kupferschmiede beschloß mit Stimmenmehrheit zum Deutschen Metallarbeiterverband überzutreten. Die vorliegenden Uebertrittsbestim-

mungen wurden anerkannt. Eine vorher eingebrachte Entschließung, in der die Urabstimmung über die Verschmelzung gefordert wurde, ist abgelehnt worden. Damit ist die schon lange in Aussicht stehende Verschmelzung perfekt geworden. Als Vertreter zum 20. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dortmund wurden die bisherigen Vorsitzenden der Kupferschmiede Jahrmarkt und Jungmans gewählt.

Genossenschaftliche Rundschau

70 Millionen Genossenschaftsmitglieder. Der Generalsekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes, H. J. May, London, sprach im Rahmen der vom Mosca-Verlag einberufenen Weltwirtschaftskonferenz in Berlin über „Die neue Handelspolitik vom Standpunkt des Verbrauchers“. Er legte dar, daß die protektionistische Handelspolitik von dieser Warte aus verurteilt werden muß. Die Arbeitslosigkeit ist dadurch nur gesteigert worden. Bereits 1927 hat die Weltwirtschaftskonferenz in Genf die Zollbarrieren als Haupthindernis der Weltprosperität betrachtet. Dieser Beschluß war nicht lange wirksam. Heute verbinden sich Quoten, Kontingente, Zuschlagzölle und Lizenzen, um die Barrieren der Wiedergesundung unübersteigbar zu machen. Der Redner kam dann auf die Bedeutung der Genossenschaften zu sprechen. Nach den letzten Statistiken bestehen in 41 Ländern 57 500 Genossenschaften mit einer Einzelmitgliedschaft von 70 Millionen. Davon umfassen die Konsumgenossenschaften 64,5 Millionen, die Produktivgenossenschaften 1 880 000 und die Kreditgenossenschaften 7 107 000. Der Gesamtumsatz dieser Genossenschaften stellt sich auf 234 019 827 Pfund Sterling (etwa 3,6 Mrd. M.) und die Reserven auf 127 381 090 Pfund. Der Redner schloß folgendermaßen: „Unserer Ansicht nach kann die Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten nur gefunden werden durch die Einführung des genossenschaftlichen Systems mit seinen Idealen des Dienstes an der Gemeinschaft an Stelle des Gewinnstrebens zugunsten des einzelnen, mit seiner demokratischen Kontrolle und seiner Fähigkeit das gewünschte Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen.“

Internationales

Lohn und Konsum eines dänischen Brauereiarbeiters.

Ein dänischer Brauereiarbeiter hat uns folgende Ziffern zur Verfügung gestellt: Der Normallohn eines Brauereiarbeiters in Kopenhagen beträgt 3302 Kr. (jetzt etwa 3000 Mk., doch ist die Kaufkraft einer Mark gleich der einer dänischen Krone). Der Wochenlohn war 63,50 Kr. Doch haben einzelne Kategorien einen etwas höheren Lohn (65,50, 66,50, 70,50 Kr. und Kraftwagenführer 72,50 Kr.).

Die Ausgaben unseres Genossen waren im Jahre 1931 für

	Kronen
Haushalt	1456
Miete	576
Steuern	110
Gewerkschaftsbeiträge	78
Aussperrungsbeiträge	16
Krankenkassenbeiträge	84
Altersfonds	104
Siedlungsgarten (Miete)	42
Musikunterricht (Kind)	60
Fahrrad	25
Bücher, Zeitungen	92
Feuerung	50
Gas, Elektrizität	85
Wäsche	48
Bekleidung, Schuhzeug u. ä.	476
	3302

Der Altersfonds ist eine besondere Einrichtung des Betriebes. Die Teilnehmer können 1 bis 5 Kronen wöchentlich dafür einzahlen. Die Verzinsung ist 8½ Proz. Das Geld wird beim vollendeten 60. Lebensjahr ausgezahlt oder beim Verlassen des Betriebes. Die Verwaltung erfolgt kostenlos durch die Brauerei (Carlsberg). Der Fonds umfaßt z. Z. etwa 600 Teilnehmer. Viele Genossen können jedoch mit regelmäßigen Ueberstunden rechnen, aber den Ertrag dieser Ueberstunden hat unser Genosse für eine Sommerreise angewandt. Die Arbeiter haben Ferien mit Lohn.

Die tschechoslowakische Schokoladenindustrie. (Nachdruck verboten.) In der Nachkriegszeit hatte der Schokoladenverbrauch in CSR. eine sehr schnelle Steigerung erfahren. Die vorhandenen Betriebe konnten ihre Betriebsanlagen beträchtlich vergrößern in der Erwartung, daß der erhöhte Konsum stabil bleiben würde. Infolge der günstigen Konjunktur wurde wieder eine Anzahl von neuen Fabriken eröffnet, die ebenfalls damit rechneten, ihre Lebensfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Noch im vorigen Jahre war die Lage der Industrie verhältnismäßig gut. Aber seit Beginn des neuen Jahres ist ein völliger Wandel eingetreten: das Geschäft steckt in bedenklichem Ausmaße. Wenn es auch nicht zu Betriebsstillegungen gekommen ist, so haben doch beachtliche Arbeiterentlassungen stattgefunden. Insgesamt dürften heute in der Schokoladenindustrie etwa 200 000 Arbeitnehmer beschäftigt sein; davon ein Teil in Kurzarbeit.

Eine Erschwerung des Geschäftes bedeuten auch die Devisenzwangmaßnahmen der Regierung. Für die Einfuhr der Rohmaterialien ist die Genehmigung der Nationalbank erforderlich. Auch für Kakao, Mandeln, Haselnüsse, Feigen usw. Da die Nationalbank die Einfuhr dieser Materialien nicht als lebenswichtig ansieht, steht die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie vor der Notwendigkeit, über kurz oder lang die Herstellung dieser Konfektarten einstellen zu müssen. Dagegen ist die Einfuhr von Fertigwaren, wie Bonbonnieren und dergleichen frei von Devisenbestimmungen, sofern der Zoll gezahlt wird. Außerdem sind diese Rohstoffe zollpolitisch stark vorbelastet, was der Industrie ebenfalls Schwierigkeiten macht, weil die ausländischen Fertigerzeugnisse nicht in gleichem Maße zollbelastet sind.

Es gibt 64 größere Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken. Bonbons werden aber außerdem noch von zahlreichen Kleinbetrieben und in Heimarbeit erzeugt. Der Verband der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie vertritt die Unternehmerinteressen.

Die bedeutendste Fabrik ist die „Orion-Schokoladenwerke Aktiengesellschaft“ in Prag, die aus der „Ersten Böhmisches Aktiengesellschaft orientalischer Zuckerwaren und Schokoladenfabriken“ hervorgegangen ist. Dieses Unternehmen, das 1500 Arbeiter beschäftigt, dürfte mit seinen Fabriken in Prag und Uhersky Brod etwa 20 Proz. des gesamten tschechoslowakischen Bedarfs decken. Dann folgt Hartwig & Vogel A.-G. in Bodenbach, ein Zweigunternehmen der Dresdener Gesellschaft. Hier sind 400 bis 450 Leute beschäftigt, die in zwei Schichten 4 Tage in der Woche arbeiten. Man will dieses Betriebssystem aufrechterhalten, um nicht die tüchtige Facharbeiterschaft zu verlieren. Ebenfalls in Bodenbach ansässig ist die Otto Rüger A.-G. Sie ging hervor aus der Fa. Otto Rüger, die eine Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik betrieb. Die Fabrik ist auch nur zu etwa 80 Proz. ihres Normalarbeiterbestandes beschäftigt. Die dritte bedeutende Fabrik in Bodenbach ist die der Firma Jordan & Timaeus. Neben der Schokoladen- und Kakaofabrik betreibt die Firma eine Fabrik für Kaffeesurrogate. Die Schokoladenfabrik Deli A.-G. in Lobositz beschäftigt derzeit etwa 450 Arbeitnehmer. Erwähnt seien noch die Firmen: Zora, Kanditen- und Schokoladen-Akt.-Ges. in Olmütz; Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik Akt.-Ges. Opp, die Betriebe in Brünn und Preßburg hat; Schokoladen-, Zuckerwaren- und Gebäckfabrik Akt.-Ges. Merkur in C. Budejovice mit Verkaufsniederlassungen in Prag und Brünn; Kluge & Co., Velim; Gebrüder Kroup in Prag; Fischer Schokoladenfabrik Akt.-Ges. in Trnava in der Slowakei und Eger & Co. in Prag, die Gesundheitsschokoladen herstellt. Schließlich sind noch zu nennen: Rupa in Prag, Koukul & Michera in Kutna Hora, Kanold in Prag, Odkolek in Prag und die Adlerwerke Kraus in Aussig. Fast alle diese Fabriken gehören einer Preiskonvention an. Dieses Preiskartell kam zustande, weil der Wettbewerb der kleinen Betriebe Formen angenommen hatte, die den Bestand der gesamten Industrie gefährdet hätten. Die Preise des Kartells wurden so niedrig angesetzt, daß die kleinen Fabriken diese Preise nicht mehr unterbieten können, es sei denn sie arbeiten mit Verlust. Die Industrie arbeitet so gut wie ausschließlich für den eigenen Markt. Die Ausfuhr ist nicht sehr bedeutend. Die Einfuhr von Schokolade usw. ist ebenfalls nicht sehr groß. Sie dürfte im Jahre etwa 30 Waggons betragen.

Zusammenfassend kann berichtet werden, daß die großen Betriebe durchaus kapitalkräftig und gesund sind. Das gilt besonders für die Bodenbacher Fabriken.

Unsern Kollegen Johann Brems nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1.80]
Die Mitglieder der Ortsgruppe Krefeld-Uerdingen a. Rh.

Unsern lieben Koll. Alois Lex zum 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der [2.10]
Brauerei Heusen, M.-Gladbach und Ortsgruppe Krefeld-Uerdingen a. Rh.

Unsern Koll. Heinrich Montebrock nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2.10]
Die Kollegen der Wittener Walzenmühle und die Ortsgruppe Duisburg.

Unsern Kollegen Hugo Heyder zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichen Glückwünsche.
Die Kollegen [1.50]
der Ortsgruppe Ilmenau.

Unsern Kollegen Anton Geiß nebst seiner lieben Frau und dem Kollegen Josef Roth nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2.10]
Ortsgruppe Trier.

Unsern lieben Kollegen Peter Schmitz zu seinem am 8. Mai stattgefundenen 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Schultheiß-Niederlage in Koblenz die herzlichsten Glückwünsche. [2.70]

Unsern Kollegen Johann Lahme und seiner lieben Frau zu der am 11. Mai stattgefundenen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [2.40]
Die Kollegen der Schlegel-Scharpenseel-Brauerei Abt. Herne u. Ortsgruppe Bochum.

Nachruf!
Am 20. April starb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege
Viktor Oberender.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. [3.90]
Die Ortsgruppe Themar in Thüringen.

Unsern werten Kollegen Fritz Schnarrer zu seinem 25jährigen Hochzeitjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1.80]
Die Verbandskollegen der Bremme-Brauerei, W.-Barmen.
Unserer Kollegin Else Kuhne nebst Gatten nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2.10]
Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Schönebeck a. d. Elbe.

Nachruf!
Am 2. Mai 1932 starb unser Kollege
Sebastian Scheuerer
Wir werden seiner stets ehrend gedenken. [3.30]
Ortsgruppe Regeburg.

Unsern alten Biersieder Kollegen Theodor Hütter nebst seiner lieben Frau Anni die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [2.40]
Die organisierten Brauer und Böttcher der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei Abt. V. Breslau.



Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

19. Fortsetzung

Aus dem Hradschiner Garnisonsarrest führte auch ein Weg über Břwnow auf den Motoler Exerzierplatz. Voran ging in Begleitung von Soldaten ein Mensch mit Ketten an den Händen und ihm folgte ein Wagen mit einem Sarg. Und auf dem Motoler Exerzierplatz erscholl der kurze Befehl: „An! Feuer! Und in allen Regimentern und Bataillonen verlas man den Regimentsbefehl, daß man wieder einen wegen Auflehnung erschossen habe, als der Herr Hauptmann beim Einrücken der Frau des Armen, die sich nicht von ihm trennen konnte, einen Säbelhieb versetzte.

Und im Garnisonsarrest führte die Dreieinigkeit: Stabsprofoß Slawik, Hauptmann Linhart und Feldwebel Repa, auch „Henker“ genannt, schon ihre Aufgabe durch! Wie viele prügeln sie in der Einzelhaft zu Tode! Mag sein, daß Hauptmann Linhart auch heute unter der Republik Hauptmann ist. Ich wünschte, man würde ihm die Dienstjahre im Garnisonsarrest einrechnen. Slawitschek und Klima werden sie von der Staatspolizei eingerechnet. Repa ist in den Zivilstand zurückgekehrt und geht wiederum seiner Beschäftigung als Maurermeister nach. Vielleicht ist er Mitglied eines patriotischen Vereins in der Republik.

Stabsprofoß Slawik wurde in der Republik zum Dieb und ist heute eingesperrt. Der Arme hat in der Republik nicht festen Fuß gefaßt, wie andere Herren.

Es ist ganz natürlich, daß Stabsprofoß Slawik, als er Schwejk in Empfang nahm, einen Blick voll stummer Vorwürfe auf ihn warf:

„Auch du hast also einen Fleck auf dem Ruf, daß du bis her zu uns gekommen bist? Wir werden dir den Aufenthalt hier schon versüßen, Freunderl, wie allen, die in unsere Hände gefallen sind, unsere Hände sind keine Damenhändchen.“

Und dann hielt er, um seinem Blick Nachdruck zu verleihen, Schwejk seine sehnige, dicke Faust unter die Nase und sagte:



„Riech einmal, Lump!“

Schwejk roch und bemerkte:

„Mit der möchte ich nicht in die Nase kriegen wolln, das riecht nach Friedhof.“

Diese ruhige, bedächtige Sprache gefiel dem Stabsprofoß.

„He,“ sagte er, Schwejk mit der Faust in den Bauch stoßend, „sieh grad, was hast du in den Taschen? Wenn du eine Zigarette hast, kannst du dir sie lassen, das Geld gibst du her, damit sie dir's nicht stehlen. Mehr hast du nicht? Wirklich nicht? Lüg nicht, du wirst bestraft.“

„Wohin geben wir ihn?“ fragte Feldwebel Repa.

„Wir geben ihn auf Nummer sechzehn,“ entschied der Stabsprofoß, „zwischen die in den Unterhosen: sehen Sie denn nicht, daß auf dem Schriftstück vom Herrn Hauptmann Linhart aufgeschrieben steht: „Streng bewachen, beobachten!“ — „Ja, ja,“ verkündete er Schwejk feierlich, „mit Gaunern verfährt man wie mit Gaunern. Wenn sich jemand auflehnt, dann geben wir ihn in den Einzel und dort brechen wir ihm alle Rippen und lassen ihn dort liegen, bis er krepirt. Drauf haben wir ein Recht. Wie wirs mit diesem Fleischer gemacht ham, nicht wahr, Repa?“

„Na ja, der hat uns Arbeit gegeben, Herr Stabsprofoß,“ antwortete Feldwebel Repa träumerisch, „das war ein Körper! Ich bin über fünf Minuten auf ihm herumgetrampelt, bevor ihm die Rippen zu krachen angefangen ham und Blut aus'n Maul geflossen is. Und er hat noch zehn Tage gelebt. Er war nicht zum Umbringen!“

„Also siehst du, du Lump, so gehts bei uns, wenn sich jemand auflehnt“, schloß der Stabsprofoß seine pädagogische Erklärung, „oder wenn er davonlaufen will. Das is eigentlich Selbstmord, der bei uns auch so gestraft wird. Oder Gott behüte, daß dir, du Schweinehund, einfallen sollt, bis eine Inspektion kommt, dich über etwas zu beschweren. Wenn die Inspektion kommt und fragt: Haben Sie irgendeine Beschwerde? — dann mußt du, Saukerl, halt acht stehen, salutieren und antworten: Melde gehorsamst, ich hab keine, ich bin ganz zufrieden. — Wie wirst du's sagen, Trottel, wiederhol!“

Schlankheit und Nahrungsmittelgewerbe

Sport und Körperkultur sind das Stigma der Zeit. Die Bevölkerung von heute wendet wesentlich mehr Mühe und Geld auf, um den Körper gesund, schlank und elastisch zu halten als irgendeine Generation zuvor. Die Kosmetik z. B. war bis in die neueste Zeit ein Privileg der Reichen. Die Frauen und Töchter der Arbeiterklasse mußten und sollten ihren Körper sich entwickeln lassen, wie es die Natur, die Lebensweise und die Beschäftigung gebot. Erst seit einigen Jahren wendet sich das Volk dem Sport zu, wird die Kosmetik allgemein in Anspruch genommen. Die Frauenwelt der Hand- und Kopfarbeiter von heute betrachtet die Körper- und Schönheitspflege als etwas Selbstverständliches. Der

haltigkeit entstanden. Der „Berliner Börsen-Courier“ Nr. 178 berichtet folgendes:

„Der Vorsitzende der amerikanischen Bäckervereinigung, Henry Stude, erklärte auf einer New-Yorker Tagung, daß die Schuld an der großen Not der amerikanischen Getreidebauern den Damen der Vereinigten Staaten im Alter von 16 bis 60 Jahren zufiele. Um der schlanken Linie willen essen nämlich die Amerikanerinnen nach Ansicht von Stude derart wenig Brot, daß der Konsum immer geringer wird. Dadurch sei eine jährliche Einbuße von 100 Millionen Scheffel Getreide festzustellen. Stude hat einen Aufruf an die Frauen Amerikas erlassen, sie sollten ihre Vaterlandsliebe durch erhöhtes Brotessen beweisen. Ladies und Gentlemen werden in Zukunft nach dieser Methode ihren Patriotismus auf der Personenwaage beweisen können.“

Hoffentlich haben die Amerikaner in ihrem Kampf gegen die Schlankheitsbestrebungen der Damen Erfolg. Ohne Zweifel wird der Absatz von Nahrungsmitteln durch die Enthaltbarkeit nicht wenig gehemmt. Nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland. Ob man aber einer solchen allgemeinen und breiten Modeanschauung Abbruch zu tun vermag, möchten wir sehr bezweifeln. Es wäre aber immerhin zu begrüßen, daß die übertriebene Enthaltbarkeit, ja teilweise gesundheitsschädliches Hungern, lediglich um schlank zu werden, als körperschädigend aufgegeben würde. Dadurch würde auch das Nahrungsmittelgewerbe profitieren.

Eheziffern in 32 Ländern

Nach einem Artikel von Ernst Kahn in der „Wirtschaftskurve“ ist die Heiratslust am größten in der südafrikanischen Union. Dort beträgt die Heiratsziffer 19,5 auf 1000 Einwohner. Die Vereinigten Staaten folgen mit 11,9, die Ukraine mit 11, Polen mit 9,7 usw. In einem Abstand folgen dann u. a. die Tschechoslowakei mit 9,1, Deutschland mit 8,7, Frankreich mit 8,3, die Schweiz mit 7,9, Oesterreich mit 7,7 bis zu Südirland mit 4,5. Die Häufigkeit der Eheschließungen hängt ab vom Altersaufbau der Bevölkerung und manchen anderen Einflüssen. Die wirtschaftliche Lage eines jeden Landes spielt dabei ebenfalls eine große Rolle. Wer will jetzt eine Ehe eingehen, wo die Verhältnisse in allen Ländern denkbar schlecht sind?

Ehe und Krise

Im Jahre 1930 betrug in den deutschen Großstädten die Zahl der Eheschließungen 8,7 auf 1000 Einwohner. Sie ist um 1,1 unter den Stand von 1930 und um 1,6 unter den Stand von 1929 gesunken. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bemerkt hierzu: „Diese starke Abnahme der Eheschließungen war, ob mittelbar oder unmittelbar, wohl ausschließlich durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedingt. Auch soweit sie durch Abwanderung junger, heiratsfähiger Männer aus den Großstädten verstärkt sein mag, ist ihre letzte Ursache allein in der allgemeinen Notlage zu suchen.“ Der Bund fürs Leben kann nicht geschlossen werden, weil die Ehepartner einsehen, daß der Aufbau einer Ehe in einer solchen Zeit unmöglich ist.

finden. Gott wurde vollkommen von einem kleiner Stummel verdrängt, der sich hoffnungslos im Spucknapf oder irgendwo auf dem Boden im Staube wälzte. Dieser kleine stinkende Gegenstand siegte über Gott und über die Erlösung der Seele.

Und dann folgte noch die Predigt, diese Unterhaltung und Hetz. Der Feldkurat Otto Katz war doch nur ein reizender Mensch. Seine Predigten waren ungewöhnlich fesselnd, spaßig, erquickend in der Langeweile des Garnisonsarrestes. Er verstand es so schön, von der unendlichen Gnade Gottes zu faseln, die verlotterten Arrestanten und entehrten Männer geistig zu erbauen. Er verstand es so schön, von der Kanzel und vom Altar herab zu schimpfen. Verstand es so wundervoll beim Altar sein: „Ite missa est“ zu brüllen, den ganzen Gottesdienst auf originelle Art durchzuführen und die ganze Ordnung der heiligen Messe durcheinander zu werfen und sich, wenn er schon sehr betrunken war, neue Gebete und eine neue heilige Messe auszudenken, seinen eigenen Ritus, etwas was noch nicht da war.

Und dann diese Hetz, wenn er zuweilen ausrutschte und mit dem Kelch, mit dem heiligen Sakrament oder dem Meßbuch umfiel, wobei er den Ministranten aus der Arrestantenabteilung laut beschuldigte, er habe ihm ein Bein gestellt und ihm sofort vor den allerheiligsten Sakramenten Einzelhaft und Spangen aufpfefferte.

Und der Betroffene freut sich, denn das gehört mit zu dieser ganzen Hetz in der Gefängniskapelle. Er spielt eine große Rolle in dem Stück und entledigt sich ihrer würdig.

Feldkurat Otto Katz, der vollendetste Kriegspriester, war Jude. Das ist übrigens nichts Merkwürdiges. Erzbischof Kohn war gleichfalls Jude und ein Freund Machars ebendrin.

Feldkurat Otto Katz hatte eine noch buntere Vergangenheit als der berühmte Erzbischof Kohn.

(Fortsetzung folgt.)

Der Lenz

Als der Lenz kam gezogen
Durch das sonnige Land,
Auf sein lockend Rufen
Neues Leben entstand.

Und die Wiesen sie grünten,
Knospen trieben am Strauch,
Und die Blumen sie blühten
Vom belebenden Hauch.

Und die Käferlein kamen
Aus der Erde hervor,
Und sie summten und brummten
In gar lustigem Chor.

Als die Rosen 's vernommen,
Aus dem Schlaf wachten auf,
Als sie selig noch träumten
Von kommenden Wonnen.

Und in Scharen gezogen,
Mit Gesang und Geschrei,
Kamen zu grüßen den Lenz
Die Vöglein geflogen.

Den Menschen voll Behagen
Gingen die Herzen auf,
Die noch vor wenig Tagen
Ernst und traurig waren.

Jakob Klauer-Köln.

Sport als moderne Massenbewegung konnte sich nur deshalb so ausdehnen, weil sich die arbeitenden Schichten ihm zuwandten.

Zur Schönheitspflege und Körperkultur gehört auch die Schlankheit. Die moderne Frau will nicht mehr in ungezählter Körperfülle einherschreiten, sondern sie bändigt natürliches Verlangen durch Enthaltbarkeit und Einschränkung der Nahrungsmittelaufnahme. Schlanksein ist mode geworden. Es ist natürlich, daß diese Bestrebungen zur Verminderung des Nahrungsmittelverbrauchs führen. Daß die Landwirtschaft, das Bäckerei- und Fleischer-gewerbe dadurch geschädigt werden, steht außer Frage. Enthaltbarkeit und die Bemühungen, schlank zu werden, sind also den Interessen dieser Gewerbezweige entgegengesetzt. Aus diesem Grunde ist in Amerika eine Bewegung gegen übertriebene Ent-

„Melde gehorsamst, ich hab keine, ich bin ganz zufrieden“, wiederholte Schwejk mit einem so sanften Ausdruck, daß der Stabsprofoß sich täuschte und es für aufrichtiges Entgegenkommen und Ehrlichkeit hielt.

„Also zieh dich in Unterhosen aus und kommt auf Nummer sechzehn“, sagte er freundlich, ohne auch nur Lump, Trottel oder Saukerl hinzuzufügen, wie er dies in der Gewohnheit hatte.

In Nummer sechzehn traf Schwejk mit zwanzig Männern in Unterhosen zusammen. Es waren diejenigen, auf deren Akten die Bemerkung stand: „Streng bewachen, beobachten!“ und die man jetzt sehr sorgfältig bewachte, damit sie nicht davonliefen.

Wenn diese Unterhosen sauber gewesen wären und es nicht die Gitter in den Fenstern gegeben hätte, dann hätte man auf den ersten Blick den Eindruck gehabt, daß man sich in der Garderobe irgendeines Bades befindet.

Schwejk wurde vom Feldwebel Repa dem „Zimmerkommandanten“ übergeben, einem bärtigen Kerl in offenkantigem Hemd. Er notierte seinen Namen auf ein Stückchen Papier, das an der Wand hing, und sagte ihm: „Morgen haben wir bei uns ein Theater. Man wird uns in die Kapelle zur Predigt führen. Wir in Unterhosen stehen grad unter der Kanzel. Das wird eine Hetz sein!“

So wie in allen Gefängnissen und Strafanstalten, erfreute sich auch im Garnisonsarrest die Hauskapelle einer großen Beliebtheit. Es handelte sich nicht darum, die Besucher durch den erzwungenen Besuch der Gefängniskapelle Gott näher zu bringen oder den Arrestanten eingehendere Kenntnisse über Sittlichkeit beizubringen. Von solchen Dummheiten kann nicht die Rede sein.

Der Gottesdienst und die Predigten waren eine hübsche Unterbrechung der Langeweile des Garnisonsarrestes. Es handelte sich nicht darum, Gott nahe zu kommen, sondern um die Hoffnung, auf den Gängen und auf dem Weg über den Hof einen Zigaretten- oder Zigarrenstummel zu